Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 82. Donnerstag den 6. April 1848.

1. Breslau, im April.

Die erste Stunde der Freiheit hat kaum geschlagen, und die Reaktion erhebt ihr unheilvolles Haupt. Der erste Athemzug der zur Freiheit erwachten Völker fährt wie Sturmeshauch in die Reihen der Stabilen, sie zum Widerstand, zum Festhalten an angestammte Rechte aufreizend. Ich weiß, daß es eine Klasse von „Unverbesserlichen“ giebt, denen das Wort „Völkerfreiheit“ wie ein leerer Schall in die Ohren klingt, in deren Brust kein Gefühl, keine Ahnung von der Allmacht der Idee der Freiheit jemals erwacht ist, und die in Bajonetten allein die einzige Garantie für das Wohl und Heil des Staates erblicken. Diesen zu einer bessern Einsicht zu verhelfen, wäre ein vergebliches Bemühen. Hat es doch die Geschichte mit allen ihren gewaltigen und blutigen Ereignissen nicht vermocht! — Nicht diese sind es auch, an die ich ein Wort zu richten habe. Sie mögen immerhin auf ihrem Sinne beharren und das Ringen der Völker nach Selbstständigkeit und Freiheit vornehm belächeln, oder mit verzehrendem Ingrimm betrachten. Sie mögen und müssen existiren; sie sind das Gegengewicht, das die Spannkraft des Volksgeistes immer straff und straffer anzieht; sie sind der Sauerteig der Menschheit.

Doch Ihr, die Ihr in den Zeiten der Bedrückung mit der Idee der Freiheit geliebäugelt, und nun, da sie wie schönes Morgenroth an dem deutschen Horizonte heraufgeht, bleich und furchtsam die Augen schließt, und ihr nicht ins Angesicht zu blicken wagt, die Ihr Miene macht die Fahne der Freiheit zu verlassen und aus kindischer Furcht vor dem Schreiten des Zeitgeistes in das Lager der Stabilen und Reaktionären Euch retten wollt, Ihr seid es, denen ichs mit lauter Stimme zurufe: Dieser Weg führt zum Verderben! Die Zeit der Halbheiten ist vorüber. Wenn Ihr die Freiheit wollt, so müßt Ihr sie auch ganz und ungetheilt wollen, nicht für einen Stand, eine Klasse, sondern schlechtweg für Alle. Ihr müßt Eure Vorrechte nicht als Hemmschuh der freien Volksentwickelung entgegensetzen; zu ihrer Förderung verwendet sie, und Eure Vorrechte werden Rechte sein, die Ihr nicht mehr ängstlich zu wahren braucht, da sie ein ganzes Volk beschützeu wird. Eure Furcht vor dem Uebermuthe des Volkes, die Angst um Eure Besitzthümer ist ungegründet, und ruht auf ungerechtem Mißtrauen. Das Volk ist gut. Zeigt ihm nur ehrlichen Willen und es wird sich freundlich an Euch anschließen und Euch mit allen Kräften zur Seite stehen. Das Volk hat gesunden Sinn. Es wird nicht auf die Stimme der Aufwiegler hören, die sich nur in anarchischem Treiben geltend machen können, sobald Ihr ernstlich kund geben werdet, daß Ihr des Volkes Sorge zu der Euren macht. Ihr könnt nur selbst frei sein, wenn Ihr Allen zur Freiheit verhelft. — Der König hat es ausgesprochen, daß er eine volle und wahre Volksvertretung wünscht. Wir müssen dahin streben, diesen Ausspruch bis auf seine höchsten Consequenzen zu treiben. Nur auf diesem Wege kann uns Heil erwachsen, nur auf diesem Wege werden Fürsten und Völker zur Eintracht und zum Frieden gelangen. Laßt uns fest zusammenhalten, laßt uns einig sein in diesen Tagen der Gefahr, und der gewitterschwüle Himmel wird klar und heiter werden.

Oder glaubt Ihr Furchtsamen und Unentschlossenen, es werde der erwachte Geist des Volkes sich wieder in Schlaf einlullen lassen? Glaubt Ihr, es könne die allgemeine Bewegung noch rückgängig gemacht werden? Nimmermehr. Er ist schon zu lange geknechtet worden, dieser Geist, er ist schon zu oft von seinem Fluge zu Boden gedrückt worden, als daß er nicht endlich in seiner ganzen Kraft ans Tageslicht komme. Blicket um Euch! In ganz Europa leuchtet die Fackel der aufgehenden Freiheit, und sie erdrücken wollen, hieße sie zur verderblichen Feuersbrunst anfachen. Wie niemals noch, hat die Idee der Nationalität und Freiheit die Völker ergriffen und thöricht wäre es und fruchtlos, sich gegen solch eine strömende Bewegung stemmen zu wollen. — Und selbst wenn es gelänge, den alten Zustand zurückzubringen, wolltet und könntet Ihr damit zufrieden sein? — Ihr müßt Euch selber sagen, daß ein solcher Zustand, wenn möglich, doch keineswegs haltbar wäre. Das sagen Euch die blutigen Lettern in der Geschichte aller Zeiten.

Oder sollte etwa mit dem Volke experimentirt werden? Soll ihm Einiges, Manches, Etwas gegeben werden? Davor warnt die pariser Revolution von 1830. Sie hatte zur Freiheit aufgerufen, aber nur zur halben. Die Julìregierung handelte von ihrem Beginn an nur im Interesse einzelner Stände, nicht in dem des Ganzen, und sie hat die Revolution von 1848 aufs sorgfältigste vorbereitet. Soll uns das keine Lehre sein? Drum rufe ich Euch nochmals aus tiefster Seele zu, nicht zu reagiren, nicht zurückzuschrecken vor dem Gange der Zeit, nicht Mißtrauen zu setzen in den Willen des Volkes, sondern festen Schrittes mit dem Strom der Bewegung zu gehen, und Vorurtheil und Furcht hinter Euch zu lassen. Nur so blüht uns eine schöne Zukunft entgegen.

Auf Euch aber, die Ihr das Lager der reaktionären Partei zum Kampfe gegen uns antreibt, auf Euch ruht eine schwere Verantwortlichkeit! Die Anarchie mit ihren Gräueln wird über uns hereinbrechen, und Ihr seid es, die Ihr sie heraufbeschwört. —

G. Breslau, 2. April. *)

Die erste Aufgabe der deutschen Völker ist die Consolidirung des einigen Deutschlands nach Innen und nach Außen. Von ganz richtigem Blicke wurden die europäischen Staatsmänner im Jahre 1815 geleitet, als sie Deutschland nicht wie Italien nach einzelnen Staaten zerfallen ließen, sondern es durch den deutschen Bund einigten; nur wurde dieser, dem ganzen damals herrschenden irrigen System nach, als ein Schutzbündniß souveräner Fürsten und nicht als ein Bund der Völker constituirt, so daß weder das Volk seine Stimme geltend machen noch die Macht des Ganzen energisch genug hervortreten konnte. Er unterdrückte daher nur die Freiheitsregungen in den einzelnen Staaten und vermochte nicht einmal sonderbündischen Bestrebungen, selbst wenn sie der Mehrheit widerstrebten, zu begegnen; bei dem Verfassungsstreite in Hannover erklärte er sich für incompetent, die Angelegenheit eines deutschen Zollvereins mochte er nicht in die Hand nehmen, die Sache Schleswig-Holstein's vertrat er nur sehr matt. Die bloße Vertretung der Herrschenden so wie die Auffassung, daß Deutschland ein Ganzes von souveränen Bundesstaaten bilde, muß schwinden; Deutschland muß ein republikanischer Bundesstaat werden, dessen einzelne Theile von constitutionellen Fürsten regiert werden, während der aus Repräsentanten dieser Fürsten und Repräsentanten des Volkes bestehende Bundestag die oberste, mit voller Machtvollkommenheit ausgerüstete Behörde sein muß. Bei einer solchen Gliederung sind die Institutionen eines jeden einzelnen Staates zwar noch immer von Wichtigkeit, aber doch von untergeordnetem Werthe gegenüber der Obmacht des ganzen Bundesstaates. Von entschiedener Bedeutung ist hingegen die Wahl der Vertreter nicht blos des Volkes, sondern auch der Regierenden beim Bundestage. Bereits haben die meisten Staaten zweiten Ranges volksthümliche Gesandten an die Stelle der Männer des früheren Systems abgeordnet; Preußen und Oesterreich stehen jedoch noch zurück, denn Colloredo, vor Kurzem erst dazu bestimmt, Oesterreich in den schweizer Angelegenheiten nach dem Sinne Metternichs zu vertreten, kann eben so wenig wie der abgetretene Münch-Bellinghausen und der preußische Dönhof freudig und redlich das neue System ergreifen. Diesem Uebelstande muß, wenn das Mißtrauen des deutschen Volkes nicht erwachen soll, rasch und entschieden abgeholfen werden. — Soll jedoch Deutschland wirklich einig und frei sein, so muß es auch alle Gebiete in sich aufnehmen, in welchen die deutsche Zunge herrscht und die deutsch-nationalen Sympathien vorhanden sind, und der fremde Einfluß muß, wenn er durch frühere Verhältnisse besteht, auf ein Minimum zurückgedrängt werden. Dies gilt von der Provinz Preußen, Schleswig und den unter Rußland stehenden Ostsee-Provinzen; die letzteren haben ihren Antheil an der deutschen Geistes-Entwickelung trotz dem Drucke der russischen Propaganda nicht aufgegeben, die deutsche Sprache, den evangelischen Glauben, die wissenschaftliche Thätigkeit — man blicke nur auf die Universität Dorpat! — sich standhaft bewahrt. Sie müssen sämmtlich dem deutschen Bundesstaate förmlich einverleibt werden. Die fremden Elemente, welche sich in diesen wie in andern Gebieten Deutschlands finden — polnische, dänische, russische, czechische — werden in dem freien Deutschland nicht gefährdet sein, vielmehr ihre Pflege finden, jene schroffe Nationalitäts-Sucht vermindern und die Vermittelung der Nationen anbahnen. Daher werden wir auch nimmermehr, wie zu den Zeiten forcirter Deutschthümelei, Elsaß und Lothringen zurückfordern. Wenn auch dort deutsche Sprache, Sitte und Wissenschaft noch in mancher Beziehung lebendig sind, so haben jedoch diese Provinzen namentlich seit 1789 eine so reiche, das ganze Volksleben durchdringende Geschichte mit Frankreich durchgemacht, daß sie mit demselben durchaus verwachsen sind, alle anderen, wenn auch tief eingegrabenen, Spuren aus ihrer alten Geschichte dagegen als untergeordnet erscheinen müssen, sie aber wohl dazu geeignet machen, die enge Verbindung zwischen zwei Völkern, welche berufen sind, die Segnungen der freien Menschheit zu verwirklichen, zu vermitteln. Die Selbstständigkeit des einigen Deutschlands kann aber nur gewahrt werden, wenn die Theile, welche unter fremden Herrschern stehen, nicht etwa diesen entrissen, aber von jedem Einflusse eines fremden Reichs befreit werden, eine vollständig getrennte Verwaltung erhalten. Mag Luxemburg dem Könige der Niederlande weiter verbleiben, Schleswig-Holstein dem Könige von Dänemark — wenn es nicht schon wieder „zu spät“ ist —, die Ostsee-Provinzen dem Kaiser von Rußland, es dürfte sogar den Vortheil haben, daß der Friede mit den Nachbarn um so gesicherter wäre; aber alle diese Länder müssen ihre eigenen Vice-Regenten mit selbstständiger Verwaltung und dem deutschen Volke verantwortlichen Ministern erhalten. Das muß Deutschland, und sei es auch mit der Gewalt der Waffen, sich erkämpfen, und diese Frage der Integrität muß rasch und ohne Verzug gelöst werden. — In gleicher Weise müssen hingegen die deutschen Fürsten, welche nichtdeutsche Gebiete inne haben, dieselben zu selbstständigen Reichen umwandeln, die blos mittelbar unter ihrem Scepter stehen; das eifrige Bestreben, welches sie zu ihrem und ihrer deutschen Völker Wohle haben müssen, sich ganz der deutschen Sache zu widmen, so wie die Forderung der Gerechtigkeit, die freie Entwickeluung einer jeden Nationalität anzuerkennen, machen ihnen dies zur dringendsten Pflicht, und eine jede Zögerung in deren Erfüllung kann von den unheilschwersten Folgen sein. Schon zu lange hat Preußen gesäumt, die Angelegenheit Posen's energisch zu lösen; das Mißtrauen, die theilweise Anarchie der polnischen, die Bangigkeit der deutschen Bevölkerung, die Rathlosigkeit der Behörden, die Unsicherheit aller Zustände hat sich bereits in bedenklicher Weise eingestellt. Preußen zögere nicht länger mit der Lösung! Ein Prinz des königlichen Hauses, welcher jedoch nicht die Aussicht auf die Thronfolge in Preußen hat, werde zum Vice-Großherzoge ernannt, er umgebe

*) Zweiter Artikel.

sich mit Männern des Vertrauens als verantwortlichen Ministern, richte ganz selbstständig die Verwaltung ein, und die Mißverständnisse werden schwinden, die Verbrüderung zwischen Deutschland und Polen wird eine aufrichtige sein. Nur so werden die Gemüther der Polen sich beruhigen, ungerechten Uebergriffen der ungebildeten Masse ein Damm gesetzt, das Leben und das Eigenthum der dortigen Deutschen gesichert, die errungenen Güter fortgeschrittener deutscher Bildung, einer wohlgeordneten Verwaltung der Provinz gewahrt. Die überwiegende polnische Bevölkerung und deren glühende Nationalität muß hier entscheiden; die dort wohnenden Deutschen dürfen sich eben so wenig über das Vorherrschen des Polnischen beklagen, wie die mit Deutschland eng verbundenen Provinzen, welche manchen früher slawischen Bestandtheil in sich enthalten, und in dem freien und geordneten polnischen Staate wird auch das deutsche Element nicht gewaltsam unterdrückt werden. Ein gleiches Verfahren muß Oesterreich mit Galizien und der Lombardei einschlagen. Blutig hat es sich in letzter Provinz schon gerächt, daß man eine gewaltsam enge Verbindung da aufrecht erhalten wollte, wo abweichende geschichtliche Erinnerungen, das frische Gedächtniß eines harten Druckes eine Verschmelzung unmöglich machten, die augenblickliche Sachlage ist uns nicht ganz bekannt, der Ausgang aber kaum zweifelhaft, es wird schon jetzt „zu spät" sein, die Provinz ist verloren. Es sei nun endlich des Blutes genug vergossen, und die Selbstständigkeit werde wie in Ungarn unzweideutig anerkannt.

So wird der deutsche Name mächtig durch die innere Einheit Deutschlands, er erhält einen segensvollen Klang durch die Freundschaft mit benachbarten Völkern. O daß wir Staatsmänner von Energie und redlicher Hingebung an ein neues völkerrechtliches System besäßen, die uns rasch einen solchen hehren Frieden bereiteten! *)

K. Breslau, 5. April.

Als zahlreich ausgesprochenen Wünschen entgegen der vereinigte Landtag doch nach Berlin berufen wurde, haben wir geschwiegen. Wünsche im entgegengesetzten Sinne waren ebenfalls laut geworden, und es mochte der Regierung schwer fallen, zu entscheiden, nach welcher Seite sich die Mehrheit des Landes neige. Auch mußten wir die Meinung derer ehren, welche in der Absicht, von dem gesetzmäßigen Gange nur im alleräußersten Nothfalle abzuweichen, die Anhörung des vereinigten Landtages über das neue Wahlgesetz, um die gesetzliche Form zu wahren, verlangten. Wir schwiegen, weil wir dem Landtage keine Wichtigkeit beilegten, weil wir erwarteten, er werde begreifen, daß auch die Anträge auf seine Zusammenberufung nicht aus dem Vertrauen in seine Wirksamkeit, sondern zum größten Theil wenigstens aus dem Bestreben des Fortschrittes auf gesetzlichem Wege hervorgegangen sind. Wir schwiegen, weil es uns schien, als hätte die Meinung, daß der Landtag als die Vertretung des preußischen Volkes nicht ferner anzusehen sei, sich unzweideutig und allgemein genug ausgesprochen, um auch zu den Ohren des vereinigten Landtages zu dringen. Wir schwiegen endlich, weil wir erwarten mußten, daß dem vereinigten Landtage aus dem ungeheuren Unterschiede seiner Zusammensetzung, und der in dem Wahlgesetzentwurf für die künftige Volksvertretung bestimmten das wenigstens klar werden würde, daß sein Recht zur Vertretung des Volkes durchaus nur ein formelles sei, und seine ganze Thätigkeit auf eine reine Formalität hinauslaufe. Wir schwiegen, weil wir glaubten, der Landtag werde diese seine Stellung begreifen, werde frei genug von Selbstsucht sein, um dieser Stellung gemäß entweder ganz einfach seine Unzulänglichkeit auszusprechen, oder sich doch wenigstens auf die Berathung des Wahlgesetzes zu beschränken. Unsere Erwartungen sind getäuscht worden. Der Landtag hat nicht nur die Berathung des Wahlgesetzes begonnen, er hat sich auch mit anderweitigen Propositionen beschäftigt, er hat — woran wir nicht zu denken gewagt haben — sogar die Grundzüge der künftigen Verfassung, deren Feststellung der National-Versammlung zusteht, begutachtet, d. h. er hat der National-Versammlung die Themata zu ihren künftigen Arbeiten aufgestellt, und diese soll dann wohl gleich Schulknaben an die Ausarbeitung gehen? Oder wenn sie das nicht soll, wenn sie wirklich frei die künftige Verfassung Preußens berathen soll, wozu dann dieses Gaukelspiel mit dem Landtage? Entweder der Landtag vertritt das Volk und dann bedarf es keiner Nationalversammlung, dann ist ja Alles vortrefflich bei uns bestellt und wir sind von einem kurzen Traume erwacht; oder der Landtag vertritt das Volk nicht, sondern die Nationalversammlung soll es vertreten. Wenn das Letztere aber der Fall ist, so möchten wir doch wissen, welchen Einfluß auf die künftige volksvertretende Versammlung die Meinung einiger privilegirten Stände haben sollte. Will man etwa gar den Landtag so lange wie möglich hinziehen, um uns an seine Existenz allmälig wieder zu gewöhnen? Wir haben Vertrauen, großes Vertrauen zu dem neuen Ministerium gehabt und deshalb diese schon vielfach ausgesprochene Besorgniß nicht getheilt. Wir wollen auch jetzt noch nicht von Mißtrauen sprechen, aber das müssen wir gestehen, daß uns die Luft der alten Zeit wieder anweht, daß wir den in den Berliner Gräbern begraben geglaubten beschränkten Unterthanenverstand wieder in uns spüren, daß wir mit einem Worte den Sinn der neuesten Maßregeln nicht begreifen.

Hat uns die Vorlegung mehrerer Propositionen an den vereinigten Landtag schon befremdet, so versetzt uns der neue Erlaß des verantwortlichen Ministeriums über die Vertretung Preußens an dem deutschen Parlamente (s. u. „Landtags-Angelegenheiten") vollständig in die süße Dämmerung des eben zu Grabe, wohl nur scheintodt zu Grabe getragenen mittelalterlichen Systems zurück. Wir erstaunen, daß dieser Erlaß den Datum nach dem 18. März trägt, wir erstaunen, nicht die unter solche Erlasse gehörenden Namen Kamptz, Thile 2c. zu finden, wir erstaunen, daß das Ministerium Camphausen, das verantwortliche Ministerium, einen solchen Beschluß in die Welt schicken konnte.

Also der vereinigte Landtag, welcher nach dem eigenen Bekenntniß der Regierung das preußische Volk nicht mehr vertritt, nicht mehr vertreten kann, der vereinigte Landtag, gegen dessen nochmaliges Auftreten ein sehr großer Theil der Bevölkerung förmlich protestirt hat, den auch der übrige Theil fast nur noch als eine Puppe betrachtet, aus welcher der Schmetterling, der Geist des Volkes, längst entflohen ist — dieser vereinigte Landtag soll unsere Vertretung am künftigen deutschen Parlament wählen? Also die morschen Trümmer eines zusammengestürzten Gebäudes sollen die Stützen des großen Neubaues deutscher Einheit sein? Die Männer des vereinigten Landtages, welche vom Könige den ausdrücklichen Auftrag erhalten haben, Wahrer ihrer eigenen (d. h. Standes-) Rechte zu sein, sollen Preußen in der wichtigsten und folgenschwersten Versammlung vertreten, welche Deutschland jemals gesehen hat, und sehen wird? Diese Männer, ihrer bisherigen Berechtigung nach nur Schatten, sollen neben den Volksvertretern der freien deutschen Staaten sitzen? Kennen denn die verantwortlichen Minister nicht den Ausspruch unsers Königs, daß die im deutschen Parlament sitzenden Ständemitglieder deutscher Staaten ebenbürtig an Rechten sein müssen?

Wir vermögen es nicht zu begreifen, wie das Ministerium bei der ungeheuern Wichtigkeit einer Lage, welche das vollste Vertrauen, das einmüthigste Zusammenwirken des ganzen Volkes unabweislich fordert, solche Männer nach Frankfurt zu schicken wagen kann. Kann eine solche Maßregel das preußische Volk befriedigen, kann es in Deutschland Vertrauen zu der Aufrichtigkeit der neuen constitutionellen Verheißungen Preußens erwecken, kann den Beschlüssen einer auf solche Art gebildeten Versammlung die moralische Zustimmung des deutschen Volkes werden und glaubt man in der That, auf diesem Wege zu einer Einheit Deutschlands zu gelangen, während die Herstellung einer solchen auch bei der aufrichtigsten Hingebung auf zahllose Schwierigkeiten stößt?

Den ganzen Plunder von Standesvorrechten und Standesvorurtheilen, will man in die konstituirende deutsche Versammlung wieder hineinschmuggeln, längst vertrocknete Mumien will man unter die lebensprühenden Gestalten der Gegenwart aufstellen, Todtes will man mit dem Lebenden verbinden, während es doch schon so schwer ist, das Lebende mit dem Lebenden in Einklang zu bringen.

Wer seit den Februartagen nicht in einem dumpfen Todesschlummer gelegen, wen auch nur ein leiser Hauch des Sturmes angeweht hat, der durch die Welt braust, muß gegen diesen Erlaß protestiren. Es sind Hunderte von Protesten in diesen Tagen aufgesetzt worden, wir haben geschwiegen, weil wir einen Protest nicht zum Ausdruck einer bloßen Unzufriedenheit wählen. Jetzt müssen wir protestiren, protestiren mit aller Kraft der Ueberzeugung, protestiren so lange, bis uns die Nothwendigkeit dieser Maßregel mit unwiderleglicher Folgerichtigkeit dargethan ist.

Eilt es etwa so sehr mit dem deutschen Parlamente? Gewiß, es eilt; aber warum eilen wir denn da nicht auch mit der Anordnung der Urwahlen? Sollten diese vor dem Zusammentritt des deutschen Parlamentes nicht zu ermöglichen sein? Und wenn dies nicht schnell genug möglich ist, so muß eher der Zusammentritt des deutschen Parlamentes aufgeschoben werden, als daß wir eine deutsche Volksvertretung bekommen, welche keine Volksvertretung ist, als daß wir an die Stelle des gestürzten Systems durch Aftervertreter ein neues System der Unwahrheit und Lüge aufbauen lassen.

Das deutsche Volk, das ganze deutsche Volk muß in der neuen Bundesverfassung sich vereinigen, der Geist der neuen Zeit muß sie gründen. Die mittelalterlichen Stände Preußens passen nun und nimmermehr in eine solche Verfassung und vor dieser Rücksicht muß jede andere schwinden.

*) Ein dritter Artikel folgt.

Inland.

Landtags-Angelegenheiten.

Z Berlin, 4. April. Nachdem in der heutigen Sitzung des vereinigeen Landtags das Protokoll vorgetragen und die Sekretäre ernannt waren, wurde folgendes königl. Propositionsdekret über die in der Bundestagssitzung vom 30. März beschlossene Nationalvertretung mitgetheilt:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c. entbieten Unseren zum zweiten vereinigten Landtage versammelten getreuen Ständen Unseren königl. Gruß. — Die deutsche Bundes-Versammlung hat in ihrer Sitzung vom 30. v. M. den Entschluß gefaßt, die Bundes-Regierungen aufzufordern, in ihren sämmtlichen, dem deutschen Staaten-System angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehenden oder sofort einzuführenden Wege Wahlen von National-Vertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundes-Versammlung in einem möglichst kurzen Termine zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen. — Zugleich hat die deutsche Bundes-Versammlung sich über einen provisorischen Vertretungs-Maßstab geeinigt, nach welchem Preußen zu der deutschen National-Vertretung für Unsere, dem deutschen Bunde jetzt angehörigen Provinzen 113 Vertreter abzusenden hat. — Da es unumgänglich nöthig ist, daß die nach obigem Beschlusse in kürzester Frist zu erwartende Versammlung der deutschen National-Vertreter nicht ohne die Theilnahme preußischer Repräsentanten zusammentrete und außerdem bereits mit mehreren drutschen Staaten die Verabredung getroffen ist, daß die zur deutschen National-Vertretung abzuordnenden Repräsentanten durch die bestehenden Stände-Kammern gewählt werden sollen, so fordern Wir Unsere zum vereinigten Landtage versammelten getreuen Abgeordneten der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden aus Unseren zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen hierdurch auf, die für letztere zu der Versammlung der deutschen National-Repräsentation abzuordnenden 113 Vertreter unverzüglich zu wählen. Von dieser Vertreterzahl fallen, nach dem Bevölkerungs-Verhältnisse der verschiedenen Provinzen: auf Brandenburg 19, Pommern 11, Schlesien 28, Sachsen 16, Westfalen 14, Rhein-Provinz 25 Vertreter. — Für den Fall, daß die Provinzen Preußen und Posen in Folge Unseres Patents vom 18. v. M. den Wunsch aussprechen sollten, dem deutschen Bunde einverleibt zu werden, richten Wir zugleich an Unsere zum vereinigten Landtage versammelten getreuen Abgeordneten der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden aus diesen beiden Provinzen die Aufforderung, eine angemessene Anzahl von Abgeordneten, welche für die Provinz Preußen 23 und für die Provinz Posen 12 betragen würde, für die deutsche National-Vertretung zu wählen. Diese Wahlen sind, von den einzelnen Provinzen abgesondert, vermittelst absoluter Stimmenmehrheit zu vollziehen und nur auf Bewohner der betreffenden Provinz zu richten. Im Uebrigen wollen Wir Unseren getreuen Ständen dabei keinerlei Beschränkungen auferlegen und auch das Wahlverfahren selbst ihrem eigenen Interesse überlassen. — Sollte die auf Grund des neuen Wahlgesetzes zu bildende Versammlung der Vertreter Unseres Volkes, wie jedoch kaum zu erwarten ist, früher als die Versammlung der deutschen National-Repräsentanten zusammentreten, so behalten Wir Uns vor, mit derselben über eine den veränderten Verhältnissen angemessene Vertretung Unseres Volkes bei der deutschen National-Repräsentation eine Vereinbarung zu treffen. — Wenn übrigens bei Konstituirung der neuen deutschen Bundes-Verfassung die Bildung eines theilweise aus Mitgliedern der ersten deutschen Stände-Kammern bestehenden Oberhauses vereinbart werden möchte, so werden Wir zur Vollziehung dieser Wahl, sofern nicht bis dahin eine andere erste preußische Kammer gebildet sein sollte, Unsere Herren-Kurie besonders zusammenberufen. — Gegeben Potsdam, den 3. April 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. Arnim. Hansemann. von Reyher.

Nach Verlesung dieses Dekrets ergriff der Abgeord. v. Schenkendorf das Wort, um an die Minister die Frage zu richten, was für Maßregeln getroffen seien, um Ruhe und Sicherheit im Lande herzustellen. Bisher sei noch keine Spur von einem Bau zu sehen, sondern nur ein Einreißen des Bestehenden und Zerstörung jeder Autorität. Die Minister hätten das ihnen gewordene Vertrauensvotum noch nicht durch Thaten gerechtfertigt. Das eben abgetretene Ministerium habe sogar den gefährlichen Grundsatz aufgestellt, man müsse den Ereignissen durch Concessionen vorauseilen. Das sei eine Eingebung der Furcht; wer aber regieren wolle, müsse sich nicht fürchten. So wenig wie das Ministerium dürfe sich die Versammlung der Furcht ergeben, und aus Furcht ernstlich Hand ans Werk zur Beruhigung des Landes zu legen, ihre Geschäfte übers Knie brechen wollen. Vornächst sei zur Beruhigung nothwendig, daß das Ministerium Auskunft gebe, was es bisher gethan und was es zu thun beabsichtige. Hierauf ertheilte der Minister v. Auerswald die Versicherung, daß das Ministerium in der nächsten Sitzung nach Möglichkeit Auskunft über seine Thätigkeit und seine Pläne geben wolle. Der Ausdruck des Vertrauens, welcher dem Ministerium zu Theil geworden, sei von ihnen nicht anders aufgenommen als eine Anerkennung seines guten Willens, als ein Sporn zur Thätigkeit, um das entgegenkommende Vertrauen zu rechtfertigen. Demnächst erhob sich der Graf Arnim mit

dem Bemerken: wenn der von ihm ausgesprochene Grundsatz: man müsse den Ereignissen mit Maßregeln voraneilen, Unruhe im Lande erregt habe, so müsse er erklären, daß er nicht mehr Minister sei, und daß das gegenwärtige Ministerium seine eigenen Grundsätze auszusprechen und zu vertreten habe. Uebrigens aber müsse er an seinem Grundsatze festhalten, denn wenn es gelte, den Ereignissen kräftig zu begegnen, so müsse man nicht einen Damm dicht an den Fluthen bauen, der kaum begonnen, von dem wogenden Gewässer weggespült werde, sondern man müsse ihn in kluger Berechnung entfernt von dem Wasser bauen, damit er vollendet werden könne, ehe die Fluth andringe. Auch der Abg. v. Beckerath bekämpft die Aeußerungen des Abg. v. Schenkendorf, indem er namentlich gegen den Ausdruck protestirt, daß das Programm des Ministeriums das Bestehende niedergerissen habe. Die Ereignisse hätten ein System eingerissen, welches der Landtag bisher vergeblich mit Worten bekämpft. Das neue System sei mit Jubel begrüßt worden, und die neuen Gesetzentwürfe wollten nicht einreißen, sondern eine neue Zukunft gründen. Im ähnlichen Sinne äußert der Minister-Präsident Camphausen: wenn noch nichts von einem Bau zu sehen, so finde dies seine Erklärung darin, daß bei der Kürze der Zeit nur erst der Grund zu dem Neubau habe gelegt werden können. Die nächsten Tage schon würden zeigen, ob das Fundament das rechte, um den Weiterbau darauf zweckmäßig fortzuführen. — Wie der Abg. v. Schenkendorf über die innern Angelegenheiten, so interpellirte der Abg. von Bismark-Schönhausen das Ministerium über die auswärtigen, namentlich über Preußens Verhältniß zu Dänemark. Der Minister v. Arnim erklärte: es bestehe kein Krieg zwischen Preußen und Dänemark, es werde von hier aus nur eine Expedition zum Schutze deutschen Gebiets und deutschen Rechtes gemacht. Hierzu sei Preußen verpflichtet und berechtigt als Mitglied des Bundes, welcher sich durch Beschluß vom 17. September 1846 seine volle Competenz in der Schleswig-Holsteinischen Frage vorbehalten. Die Dringlichkeit der Umstände habe Preußen nicht erlaubt, zu warten, bis der Bund zu gemeinsamen Maßregeln greife. Uebrigens werde Dänemark wohl die Expedition nicht als Anlaß zu einem Kriege ergreifen, und noch viel weniger die dem heutigen europäischen Staatsrecht widersprechenden Caperbriefe ausgeben. Es stehe zu erwarten, daß der Eindruck der Expedition und die schon wirksame Vermittlung einer befreundeten dritten Macht hinreichen würden, den Frieden zu erhalten und die in Rede stehenden deutschen Interessen vollständig zu wahren. — Nach diesen Erörterungen folgte die Berathung der Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung, wobei der Abg. Möwes als Referent das Abtheilungsgutachten vortrug. Der Abg. v. Bardeleben sieht keinen genügenden Zweck in der Vorlegung der betreffenden Entwürfe und findet es nicht rathsam, daß der Landtag sich mit Erörterung derselben abgebe. Die jüngsten Ereignisse hätten den Zweck gehabt, den vereinigten Landtag zu beseitigen, und da derselbe das Vertrauen des Landes nicht mehr besitze, so könne auch das Ministerium keine Stütze mehr in ihm finden. Deshalb wolle das Ministerium auf seine Verantwortung die betreffenden Maßnahmen ins Leben führen und den Landtag der Berathung derselben überheben. Hierauf entgegnete der Minister Camphausen: die Verantwortlichkeit, welche der Redner durch sein unbedingtes Vertrauen dem Ministerio auflege, sei zu groß. Der Zweck der Vorlagen sei besonders, um in der Zwischenzeit bis zum Zusammentreten der Volksrepräsentation die allgemeinen Zusicherungen zur thatsächlichen Wirklichkeit werden zu lassen und zur Beruhigung des Landes aus dem Gebiet der Theorie in dasjenige der gesetzlichen Praxis überzutreten. Hierzu sei dem Ministerio die Unterstützung des Landtages als des derzeit gesetzlichen Organs des Volks sehr wichtig. Der Abg. v. Vincke tritt den Bemerkungen des Abg. v. Bardeleben entgegen, daß die letzten Ereignisse den Zweck gehabt hätten, die Männer, welche den Landtag bildeten, und deren Wirksamkeit stets eine so allseitige Anerkennung zu Theil geworden, zu beseitigen. In Betreff der Vorlagen ist er mit dem Redner einverstanden, daß nicht in einzelnen wichtigen Punkten der künftigen Vertretung vorgegriffen werde. Dagegen bemerkt der Minister Graf Schwerin: diese Punkte bedürften einer schleunigen Erledigung, um aus der Unruhe und Haltlosigkeit zur gesetzlichen Ordnung zu gelangen. — Nachdem noch die Abg. v. Patow, v. Puttkammer, v. Mylius, Siebig und Mewissen den Antrag des Abg. v. Bardeleben namentlich mit dem Bemerken bekämpft, daß die Vorlagen Punkt für Punkt langgehegte Wünsche befriedigten und nur zur Beruhigung des Landes beitragen könnten, fiel dieser Antrag aus Mangel an Unterstützung und § 1 des Entwurfs wurde fast einstimmig angenommen, welcher lautet: „In Erweiterung der unserem Volke verliehenen Freiheit der Presse werden die im §. 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. März d. J. enthaltenen Vorschriften über die Cautionsbestellung für die Herausgabe neuer Zeitungen aufgehoben. Die Vorschrift §. 4 Nr. 4 findet auch auf neue Zeitungen Anwendung. Ebenso wurde auf Antrag der Abtheilung § 2 fast einstimmig angenommen mit dem vom Abg. Mevissen gestellten Amendement, daß am Rhein nicht blos bei politischen und Preßverbrechen, sondern auch Vergehen die Zuständigkeit der Geschwornengerichte wieder eintritt. Der übrige Theil des § lautet: „die Untersuchung und Bestrafung aller Staatsverbrechen erfolgt fortan durch die ordentlichen Gerichte, und es wird jeder durch Ausnahmegesetze dafür eingeführte besondere Gerichtsstand hierdurch aufgehoben. „§ 3." Zur Sicherheit der Unabhängigkeit des Richterstandes treten alle von den frühern Gesetzen abweichende Bestimmungen der Verordnungen vom 29. März 1844, über die im administrativen Wege zulässige Dienstentlassung, Versetzung und unfreiwillige Pensionirung der Richter außer Kraft." Auch dieser § wurde nach kurzem Bemerken dem Gutachten gemäß fast einstimmig angenommen. § 4. „Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechts einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre. Ebenso sind sie berechtigt, zu solchen Zwecken, welche dem bestehenden Gesetze nicht zu widerlaufen, sich zu Gesellschaften ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß zu vereinigen." Die Abtheilung beantragt unter Annahme des ersten Satzes den Zusatz: „auch Versammlungen unter freiem Himmel können, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrbringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden." Der Fürst Lichnowski unterstützt den Abtheilungs-Antrag mit dem Bemerken, daß eine Restriktion in Betreff der Versammlung unter freiem Himmel weder zweckmäßig noch billig sei. Nicht die öffentlichen Versammlungen, sondern die geheimen ohne Publikum seien gefährlich. Der Abgeordnete v. Vincke erklärt sich gegen die ganze Vorlage, weil gerade die jüngsten Erfahrungen in Deutschland vielfach bewiesen hätten, welchen Terrorismus unbeschränkte öffentliche Versammlungen auf die gesetzlichen Landesorgane ausübten. In England sei mit dem Versammlungsrecht seit Jahrhunderten der Sinn für Gesetz und Ordnung verwachsen, was bei uns den jüngsten Erfahrungen nach leider nicht der Fall sei. Er könne seine Hand nicht dazu bieten, nachträglich alles Ungesetzliche zu legalisiren. Hierauf entgegnet der Minister Camphausen der § sei nicht vorgeschlagen, neue Gesetzwidrigkeiten zu legalisiren, sondern nur um das in gesetzlicher Form zu dulden, was Duldung begehre. Die gegenwärtigen Versammlungen brächten allerdings manche Uebelstände. Der größte derselben sei, daß sie glaubten, alles, was sie beschlössen, müsse sofort von der Regierung ausgeführt werden. Lasse man aber eine Versammlung der andern gegenüber treten, dann stehe die Regierung in der Mitte, und behalte freie Hand zum Handeln. Wie in den Versammlungen, so müßten auch in der Presse alle Parteien ihre unbeschränkte Vertretung haben. Der Abg. v. Beckerath trägt auf unbeschränktes Versammlungsrecht unter freiem Himmel an, wogegen der Minister Hansemann bemerklich macht, daß in Belgien bei aller Freiheit des Versammlungsrechts doch hier die Polizeigesetze aufrecht erhalten seien. Auch der Minister v. Auerswald erklärt es für unmöglich, jede Versammlung im Freien ohne Weiteres zu dulden. Der Abg. v. Gotberg rügt es als eine gefährliche Klippe, daß der Obrigkeit einseitig das Urtheil über die Gesetzlichkeit einer Versammlung zustehen solle, wogegen der Minister Graf Schwerin bemerklich macht, daß der Begriff der Obrigkeit aufgehoben werde, wenn nicht sie, sondern die Menge über den Charakter der Gesetzlichkeit entscheiden solle. Die Obrigkeit müsse die höchste Entscheidung haben, aber Sache der Verfassung sei es, der Obrigkeit ihre Rechte und ihre Grenzen anzuweisen. Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Abtheilungszusatz beim ersten Abschnitt fast einstimmig angenommen. Eben so einstimmig die von der Abtheilung beantragte Fassung des zweiten Satzes: Eben so sind alle Preußen berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwider laufen, sich ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß in Gesellschaften zu vereinigen. Alle das freie Vereinigungsrecht beschränkende, noch bestehende gesetzliche Bestimmungen werden hiermit aufgehoben. Die Erörterung wurde hier durch die Mittheilung eines königlichen Propositions-Dekrets in Finanz-Angelegenheiten unterbrochen. Dasselbe geht seinem wesentlichen Inhalte nach dahin, daß zur Erhaltung des Staats nach Außen, so wie zur Unterstützung von Gewerbe, Handel und Arbeit im Innern, sei es durch Erhöhung bestehender oder Einführung neuer Steuern, oder durch die Kontrahirung eines Anleihens Geldmittel zu beschaffen seien. Die Dringlichkeit des Bedürfnisses lasse einen Aufschub bis zum Zusammentreten der Volksrepräsentation nicht zu. Aber die Minister würden der künftigen Versammlung gegenüber die volle Verantwortlichkeit der betreffenden Maßregel übernehmen. Der Finanzminister Hansemann, welcher nach Verlesung des Dekrets das Wort ergriff, hob hervor, wie Furcht vor Anarchie und Krieg das Geld der Kapitalisten dem Verkehr entzogen hätten. Daraus seien große Gefahren entstanden, denen mit großen Mitteln begegnet werden müsse. Damit Preußen und Deutschland dem Auslande stark gegenüber ständen, sei aber Geld nöthig und eben so Geld, um den Nachtheilen des sinkenden Verkehrs zu begegnen. Die Ausgaben und die Ansprüche an den Staat seien im Zunehmen, während die Verhältnisse eine Minderung der Einnahmen herbeiführten. Die Regierung habe bereits 1 Million der Bank überwiesen und 1 Million sei zur Unterstützung von neuen Diskonto-Kassen angewiesen worden. Bei der zu fürchtenden Brotlosigkeit vieler Arbeiter müsse dem Stocken der Gewerbe vorgebeugt werden. Hier sei namentlich die Beseitigung einer Steuerüberlastung und Herstellung der Gleichheit der Besteuerung nothwendig. Zu diesem Ende solle vornächst der Uebergang von der Schlacht- und Mahlsteuer zur Klassensteuer befördert werden. Die Städte, in denen dieser Uebergang stattfinde, sollten ferner nur $^2/_3$ ihres bisherigen Contingents entrichten. Diejenigen, welche die Schlacht- und Mahlsteuer beibehielten, sollten nur $^2/_3$ des Ertrags an den Staat abgeben, und $^1/_3$ zu öffentlichen Zwecken, wie die Beschäftigung brotloser Arbeiter, verwenden. Das Ministerium lege den Ständen die Wichtigkeit des Moments recht dringend ans Herz. Dasselbe habe eine schwere Verantwortung auf sich genommen, die es zu tragen bereit sei. Die Stände, welche keine solche Verantwortung hätten, müßten dem Volke beistehen, daß es sich selbst helfe, und die Kraft und Stärke Preußens und Deutschlands aufrecht erhalte. — Nach diesem Vortrage wurde die Erörterung wieder aufgenommen. § 5. „Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnisse unabhängig." Wird fast einstimmig angenommen. Eben so gegen den Abtheilungsantrag, welcher Aussetzung der Berathung vorschlägt. § 6: „Den künftigen Vertretern des Volkes soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, so wie zur Festsetzung des Staatshaushalts-Etats und das Steuerbewilligungsrecht zustehen." Nachdem der Marschall erklärt, daß Se. Majestät der König sogleich sämmtliche Mitglieder des Landtags empfangen wolle, erfolgte gegen 3 Uhr der Schluß der heutigen Sitzung.

Die oben erwähnte Allerhöchste Botschaft lautet:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c. entbieten Unseren zum zweiten vereinigten Landtage versammelten Ständen Unseren königlichen Gruß. — Wenn gleich bei Berufung Unserer getreuen Stände Unser Wunsch und Unsere Absicht dahin gegangen ist, denenselben hauptsächlich nur das Wahlgesetz für die nächst zusammenkommende Volks-Vertretung zur Berathung vorzulegen, so haben sich dennoch inmittelst Verhältnisse solcher Dringlichkeit herausgestellt, daß Wir Uns sowohl Behufs der Sicherung des Staates nach außen, als zur möglichsten Aufrechthaltung und Unterstützung des schwer bedrohten Handels und Gewerbfleißes und dadurch zugleich zur Sicherung des Lebensunterhaltes für die zahlreichste Klasse der Staatsbürger, genöthigt sehen würden, alsbald zur Herbeischaffung der für den einen wie für den anderen Zweck erforderlichen Geldmittel, soweit letztere weder aus den bestehenden Abgaben zu decken, noch aus den Beständen des Staatsschatzes zu entnehmen sind, die erforderlichen Gesetzes-Entwürfe vorzulegen, wenn irgend es thunlich gewesen wäre, Entwürfe so umfassender Art in der dafür nur zu Gebot stehenden Frist mit hinlänglicher Vollständigkeit und Sicherheit erwogen und ausgearbeitet zu sehen. — Da aber die Dringlichkeit des Bedürfnisses es schwerlich gestatten würde, der Aufbringung der erforderlichen Geldmittel für vorgedachte Zwecke bis zur Einberufung der Volksvertretung Anstand zu geben, als gesinnen Wir Unseren getreuen, zum 2ten verein. Landtag versammelten Ständen, im voraus ihre Zustimmung zu ertheilen,

> daß unter der Verantwortlichkeit Unseres Ministerii gegen die zunächst zusammenkommende Volksvertretung die zum äußeren Schutz der Monarchie sowohl als zur Wiederherstellung des Kredits und zur Aufrechthaltung der Industrie, erforderlichen außerordentlichen Geldmittel, sei es mittelst neuer oder Erhöhung älterer Steuern, dürfen erhoben oder durch rechtsgültig zu kontrahirende Anleihen dürfen beschafft werden.

Gegeben Potsdam, den 4. April 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Gr. v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. Arnim. Hansemann. v. Reyher.

Botschaft an die zum zweiten verein. Landtag versammelten Stände.

† Berlin, 4. April. Da Ihnen Morgen die stenographischen Berichte über die heutige Sitzung des vereinigten Landtags noch nicht zukommen, so will ich Ihnen hiermit wenigstens eine gedrängte Uebersicht von dem Gutachten der zweiten Abtheilung der vereinigten Kurien geben, betreffend den Entwurf einer Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung. — Das Gutachten beginnt mit der Seitens der Abtheilung ausgesprochenen Ueberzeugung, daß bei der Stellung, welche der verein. Landtag gegenwärtig einnimmt, und da es sich um die ständische Begutachtung von Bestimmun-

gen handelt, welche mit dem die konstitutionelle Verfassung feststellenden Verfassungsgesetze in der genauesten Verbindung stehen, es streng genommen der künftigen repräsentativen Versammlung obliegen dürfte, über dieselben zu befinden.“ — Schlimm genug, daß die Abtheilung trotz dieser Einsicht es nicht streng nimmt und sich dem Geschäfte der Prüfung des Entwurfes unterzogen hat. Denn was die Abth. weiter vorgiebt, daß es von Wichtigkeit sei, für die im Entwurfe enthaltenen Grundbestimmungen schon jetzt diejenige Sanktion zu erhalten, ohne welche gegen die Verfassungs-Grundlagen noch Zweifel erhoben werden können, ist durchaus nicht hinreichend den Berathungs-Akt zu rechtfertigen, von dem die Abtheilung selber eingesteht, daß er dem vereinigten Landtage streng genommen nicht zusteht. Selbst der Ausspruch der Abtheilung, daß die ständische Begutachtung der Vorlagen nur als eine provisorische zu betrachten sei und der künftigen Repräsentation des Landes die definitive Entschließung vorbehalten bleibe, dieser Ausspruch trägt nur dazu bei, die schiefe Stellung des vereinigten Landtages um so mehr herauszukehren. Denn fühlt es die Abtheilung, daß der Landtag zu keiner definitiven Beschlußnahme berechtigt ist, so wissen wir nicht, womit sie ihm die provisorische Begutachtung vindiziren will. Höchstens könnte das verantwortliche Ministerium bei der Dringlichkeit der Umstände einen Entwurf provisorisch erlassen, keinesweges aber darf ihn ein unberechtigter Landtag berathen. — Es herrschte in der Abtheilung eine Verschiedenheit der Ansichten Betreffs des § 1, der die Kautions-Bestellung für die Herausgabe neuer Zeitschriften aufhebt, doch stimmte sie völlig überein, diese Bestimmung für jetzt anzunehmen und die Frage über die Zweckmäßigkeit einer Kautions-Bestellung der künftigen Gesetzgebung zu überlassen. — Eben so stimmte die Abtheilung für das Fortbestehen der Bestimmung im § 4 sub Nr. 4 des Gesetzes, nach welchem die Herausgeber periodischer Blätter in Folge eines vermittelst des Blattes begangenen Vergehens oder Verbrechens mit Kautions-Bestellung bedroht werden. — § 2 betreffend die Aufhebung des durch Ausnahmegesetze eingeführten besondern Gerichtsstandes ward von der Abtheilung mit Freuden zur Annahme vorgeschlagen. — § 3 Betreffs der Unabhängigkeit des Richterstandes erregte nur hinsichtlich der Fassung ein Bedenken. Die Abtheilung bemerkt mit Recht, daß wenn die Absicht dieser Bestimmung dahin geht, daß für den Richter dasselbe Verhältniß eintreten soll, welches vor dem Gesetze vom 29. März 1844 bestand, dasselbe schlechtweg als künftig nicht vorhanden zu betrachten sei. Es wurde daher von der Abthl. folgende Fassung vorgeschlagen: „Die Verordnungen vom 29. März 1844 betr. das gerichtliche u. Disziplinar-Verfahren gegen Beamte sowie des bei Pensionirungen zu beobachtende Verfahren, treten in Beziehung auf den Richterstand gänzlich außer Kraft.“ — § 4 über die Berechtigung zur friedlichen Versammlung in geschlossenen Räumen wird von der Abtheilung empfohlen, wenn sie auch von der Erörterung der Frage absteht, ob dieselbe für die öffentliche Wohlfahrt von Nutzen sei. — Da die Abtheil. über die größere oder geringere Gefährlichkeit solcher Versammlungen im Allgemeinen kein bestimmtes Urtheil auszusprechen vermag, jedenfalls aber des bestimmten Dafürhaltens ist, daß über die Zulässigkeit solcher Versammlungen kein Zweifel sein darf, so schlägt sie einstimmig den Zusatz vor: „Auch Versammlungen unter freiem Himmel können, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht Gefahr bringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden.“ — § 5 wird ohne Weiteres zur Annahme empfohlen. — Hinsichtlich des § 6 endlich, welcher den künftigen Vertretern des Volkes die Zustimmung zu allen Gesetzen, die Feststellung des Staatshaushalts-Etats und das Steuerbewilligungsrecht zugesteht, konnte es die Abtheilung nicht für zweckmäßig erachten, gegenwärtig für das vorliegende provisorische, Gesetz einen Bestandtheil der künftigen Verfassungs-Gesetze, der nicht einmal vollständig vorliegt, zu prüfen und abzuhandeln und dadurch vielleicht wider ihren Willen den künftigen Berathungen der Versammlung der Volksvertreter vorzugreifen. Sie erkennt andererseits an, daß nicht die Absicht dahin geht, diese besonderen Rechte vorzuenthalten, und daß sie bei dem Bestehen einer konstitutionellen Verfassung unerläßlich sind. Die Abtheilung stellte daher den Antrag, „diesen letzten § des Entwurfes der künftigen Versammlung der Volksvertreter zur Erörterung zu überlassen.“ Der Landtag hat den Antrag verworfen und den § des Entwurfs zu dem seinigen gemacht. — Sie ersehen aus der ganzen Fassung des Gutachtens, wie die Abtheilung gar wohl den unsichern Boden gefühlt hat, auf dem sie sich befindet, und so hätte sie wahrlich besser daran gethan, jede Halbheit zu vermeiden und sich nicht nur zur Prüfung des letzten Paragraphs, sondern des ganzen Entwurfs für inkompetent zu erklären. Sie hätte damit vielleicht die Auflösung des vereinigten Landtags bewirkt und sich den Dank des Volkes erworben. — Als Mitglieder der zweiten Abtheilung fungirten: Fürst Hohenlohe, von Holzbrink, v. Platen, Dorenberg, Schwing, Hausleutner, Lensing, v. Pogrell, Michaelis, Graf Helldorf, v. Mylius, Sperling, v. Werdeck, Taczanowski, Graf v. Dyhrn, Moewes.

Berlin, 5. April. Se. Majestät der König haben den Oberpräsidenten Bötticher auf seinen Antrag von der Verwaltung des Ober-Präsidiums der Provinz Preußen zu entbinden und den bisherigen Regierungs-Präsidenten v. Auerswald zum Oberpräsidenten dieser Provinz zu ernennen geruht. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Oberst-Lieutenant a. D. Anker den rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Scholzen Klose zu Wandritsch im Kreise Steinau das allgemeine Ehrenzeichen und dem Gefreiten Brenner der 8ten Pionnier-Abtheilung die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Der General Willisen ist, nachdem er gestern Abend seine Instruction empfangen, heut Nacht über Breslau nach Posen abgegangen. — Er wird sofort bei seinem Erscheinen in letzterer Stadt eine Proclamation erlassen und eine Commission an seine Seite berufen, welche aus Mitgliedern aus der Mitte der polnischen Organisations-Commission und des deutschen National-Comités bestehen wird.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Fürst von Rheina-Wolbeck, von Magdeburg.

In der Zeitungs-Halle liest man: „Es hat sich am Sonnabend Abend 11 Uhr ein Haufe von 3—500 Mann, untermischt mit Bürgergarden, gegen das Mehlhaus bewegt, in welchem der politische Club eine halbe Stunde zuvor seine Sitzung beendigt hatte. — Das Recht der freien politischen Versammlung ist so eben als Gesetzvorschlag von der Regierung ausgegangen. Sollte gestern eine Gewaltthat gegen diese edle Frucht unsrer Revolution ausgeübt werden? Die Untersuchung wird es zeigen. — Bis dahin appelliren wir aber an die Ehre der Berliner Bürgerschaft und hoffen, daß die Bürgergarde im Schutze der Personen nicht hinter der früheren Polizei zurück bleiben wird. — Der Präsident des politischen Clubs, Jung. — N. S. der Redaktion der Zeitungs-Halle. Schon um 8 Uhr Abends fand Hr. v. Holzendorf auf der Brücke beim Mehlhause einen starken Trupp Menschen, welcher die Absicht zu erkennen gab, Thätlichkeiten gegen den politischen Club auszuüben. Hr. v. Holtzendorf sagte den Leuten, es möchten doch vor allen Dingen Einige hineingehen und als Zuhörer bei der Versammlung des Clubs sich selber überzeugen was da geredet und gethan würde. Diese Aufforderung schien ihnen vernünftig und es begaben sich Mehrere aus dem Haufen in den Versammlungssaal; sie müssen dort wohl nichts erlebt haben, was ihren Zorn gegen den Club gerechtfertigt hätte, denn der aufgeregte Haufe zerstreute sich bald nachher, ohne etwas Feindseliges zu unternehmen. — Es ist lächerlich, mit was für Abgeschmacktheiten die Leute in einigen Stadttheilen gegen den politischen Club von gewissen Fanatikern aufgehetzt werden; unter Anderem wird ihnen eingeredet, der Club bestände aus lauter Juden, — französischen Emissären und dergl.

Potsdam, 2. April. Die Garde-Regimenter „Kaiser Franz“ und „Alexander“ sind zum Bundes-Kontingent für Schleswig mit bestimmt, und marschiren in diesen Tagen dahin ab; sie kantoniren jetzt in und um Potsdam und Spandau. — Die Arbeiter-Bewegungen fangen auch hier an; die hiesigen Zimmergesellen haben beim Magistrat darauf angetragen, sämmtliche fremde Gesellen zu entfernen, damit die Arbeit den einheimischen Arbeitern zugewendet bleibe. Diesem Antrage zufolge haben die fremden Gesellen Befehl erhalten, Potsdam sogleich zu verlassen. — Der Ober-Bürgermeister Präsident Krüger hat seine Entlassung bei der Stadtverordneten-Versammlung eingereicht.

(Voss. Ztg.)

** **Posen**, 3. April. Ueber die Begebnisse des gestrigen und heutigen Tages können wir Ihnen folgendes mittheilen. Bekanntlich standen seit ungefähr acht Tagen schon enorme Truppenmassen in und um Posen und da diese zu nichts anderem als zur vollkommenen Einschließung der Stadt und Festung verwendet wurden und von Seiten unserer Behörden nicht die mindesten Anstalten zur Rehabilitirung der auswärtigen vertriebenen Behörden erhoben wurden, mußte es allgemeine Verwunderung erregen, als gestern ganz plötzlich und unerwartet neue Truppenmassen unter klingendem Spiele in unsere Stadt einrückten. Morgens 11 Uhr marschirte die erste schlesische Landwehr auf dem Wilhelmsplatze auf. Es war das Löwenberger Bataillon, 1000 Mann stark; 5 Uhr Nachmittags folgten die zweiten 1000 Mann, es war das Freistädter Landwehr-Bataillon. Heute früh Morgens rückten die Glogauer Landwehren und die Görlitzer Jäger in das Weichbild unserer Stadt, und außerdem sollen, wie wir nachträglich erfuhren, das 1. und 2. Linien-Bataillon des 7. Infanterie-Regiments (zu Glogau und Schweidnitz in Garnison) bis nahe vor unsere Stadt gerückt sein. Was wir ebenfalls noch nicht erwähnt, ist, daß vor zwei Tagen ein 1000 Mann starkes Bataillon Pommern (21. Inf.-Regt.) in die Stadt eingerückt ist. Eine Armee von 15000 Mann wird jetzt hier concentrirt sein. Schon während des Einrückens der letzten Truppen las man eine Proklamation des kommandirenden Generals an den Straßenecken, wonach die Festung Posen in Belagerungszustand erklärt wurde, mit der Bemerkung, daß dies die Verhältnisse mit sich brächten, obwohl in den nächsten Tagen schon die Entschließungen des Königs über die Reorganisation der Provinz jedenfalls erfolgen würden. Alles Waffentragen wurde darin bis auf das der Schutzbürger verboten, ebenso das Durchziehen der Straßen in Trupps. — Diese Erklärung war die einzige Folge der großen Militärverstärkung, detachirt wurde nichts, obwohl es bekannt ist, daß in Schroda, Buk und andern Städten nur die polnische Republik gilt. Das Militär scheint hier also vollständig in der Defensivstellung verharren zu wollen, und dergestalt die Ereignisse und die Entschließungen des Königs abzuwarten. Beim Einrücken der neuen Truppen haben wir noch zu erwähnen, daß dieselben gleichsam im Fluge hierher transportirt worden sind; einzelne Bataillons sind auf hundert Wagen hier angelangt. — In der gestrigen Nacht geschah durch eine Patrouille von mehreren bewaffneten polnischen Edelleuten gewissermaßen ein Angriff auf eine Husarenvedette; die Folge davon war, daß dieselben ergriffen, entwaffnet und auf die Festung transportirt wurden. — Heute Nachmittag wurde unter Trommelschlag der Belagerungszustand auf allen Straßen der Stadt verkündet; behufs dessen waren auch alle Wachen und Pikets bedeutend verstärkt; leider soll es dabei nicht ganz ruhig abgegangen sein, das wissen wir bestimmt, daß ein Pole, der sich vergriffen, von einem Husaren niedergehauen wurde. — Die betrübendsten Ereignisse fielen indeß des Abends vor. Einzelne Wehrmänner und pommersche Infanteristen machten einen improvisirten Angriff auf die Polen im und vor dem Rathhause. Den bewaffneten Posten wurden die Säbel entrissen und zerbrochen. Die ersteren zogen ihre Säbel, theils hieben sie mit den Fäusten in die versammelten Polen ein. Es sollen viele Verwundungen vorgefallen sein. Herbeieilende Infanterie-Pikets brachten Volk und Militär auseinander. Das Militär in der Stadt wurde aus der Festung sogleich bedeutend verstärkt. Gegenwärtig, Abends 9 Uhr, scheint Alles wieder beruhigt zu sein. — Unsere Ansicht ist, hätte der kommandirende General für die Achtung der preußischen Behörden gesorgt, es hätte keinen Blutstropfen gekostet, und Polen und Deutsche würden in besserer Stimmung zu einander leben, weil eine gegenseitige Achtung wach geblieben wäre.

* **Posen**, 3. April. In Bezug auf den Schluß unseres letzten Artikels (Nr. 80 der Ztg.) müssen wir zunächst erklären, daß die darin ausgesprochene Behauptung, daß namentlich im polnischen Comité selbst ein Geist sich geltend mache, durch welchen die Nationalität der Deutschen im Großherzogthum für die Zukunf bedroht sei, uns selbst jetzt unbegründet erscheint. Leider kam uns die Bekanntmachung des Comité vom 31. März zu spät zu, um unsere aus andern Wahrnehmungen gebildeten Meinung zu berichtigen. Wir erfüllen durch diese Erklärung eine Pflicht; allein nachdem wir dieselbe erfüllt haben, fordern wir heute desto noch dringender als damals eine angemessene Vertretung der deutschen Bewohner des Großherzogthums in der Kommission, welche mit Reorganisation beauftragt sein wird, und zwar deshalb dringender, weil der Geist des Friedens und der Brüderlichkeit, der in den ersten Tagen bei uns eingezogen war, nach und nach immer mehr wieder verschwindet. Und leider müssen wir die Schuld besonders auf die Deutschen werfen, die in sich selbst von Parteien zerrissen, die Brüderlichkeit wenig pflegten. Unsere Warnung, daß bei den hiesigen Verhältnissen ein polnisches und deutsches Comité nicht friedlich neben einander bestehen könnten, daß bei erster Gelegenheit sie vielmehr sich feindlich gegen einander über treten würden, blieb unbeachtet, und unsere Voraussage geht bereits in Erfüllung; man beginnt Proklamationen gegen einander zu erlassen, die davon zeugen, daß der Bruch jetzt erfolgt ist. Es giebt in diesem Augenblicke nur ein Mittel — wenn es nicht überhaupt zu spät ist, den Geist der alten Zwietracht nochmals zu beschwören und die Einigkeit herzustellen — und das ist, das deutsche Comité, das auf keiner Seite sich Vertrauen zu erwerben gewußt hat, sofort aufzulösen. Wir sind Alle Bewohner eines Landes, wir müssen ein und dasselbe Schicksal mit einander theilen, wir können nicht zwei Wege gehen, und darum müssen wir, Polen und Deutsche, einig sein und vereint handeln. Wer dem Geiste, der heute durch Europa geht, sich entgegenstemmen wollte, würde unter seinem mächtigen Walten erdrückt, zermalmt werden, und dieser Geist der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit fordert ein unabhängiges, freies Polen, das freie Deutschland kann nicht mehr der Knechter einer andern edlen selbstberech,

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 82 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 6. April 1848.

(Fortsetzung.)

tigten Nation sein, und will es nicht sein. Was die Deutschen, welche unter den Polen leben werden, allein fordern dürfen, das ist, daß, da Deutschland freiwillig in Anerkennung der Rechte Polens und in aufrichtiger Verbrüderung die alte Schmach zu sühnen bereit ist, bei Wendung des Blattes kein Vergeltungsrecht geübt werde, daß der Deutsche für immer in seiner Nationalität geschützt und geachtet werde. Dieses Versprechen ist jetzt in den Vorschlägen zur Reorganisation des Großherzogthums, welche die in Folge der Kabinetsordre vom 24. März gebildete Kommission gemacht hat, gegeben worden, es kann sich also jetzt auch nur darum handeln, in welcher Weise dieses Versprechen gelöst, welche Garantie dafür für die Zukunft geboten werden solle. Allein Versprechungen, so sehr wir auch von der Aufrichtigkeit derselben überzeugt sein dürfen, namentlich in diesem Falle, wo uns die bewundernswürdige Haltung des polnischen Volkes für ihre friedliche Gesinnung, für ihr Gerechtigkeitsgefühl bürgt — genügen heute nicht mehr, man muß erst die That sehen, um ganz zufrieden gestellt zu sein, und daß es die rechte That werde, deshalb verlangt man bei derselben mitzuwirken, seine Interessen selbst zu vertreten. Mit der erwachten Freiheit der Völker, mit dem Tode der Bureaukratie ist auch das System zu Grabe getragen, nach dem man die Regierten eines schönen Morgens mit Wohlthaten, das ist mit fertigen Gesetzen und Institutionen beschenkte. Das erste und in keiner Weise bis jetzt alterirte und zu alterirende Recht der deutschen Bevölkerung im Großherzogthume ist gleiche bürgerliche und politische Berechtigung mit den Polen; dieses Recht proklamirt der neue durch Europa wehende Geist der Völkerverbrüderung vor Allem, und deshalb ist die angemessene Vertretung der deutschen Bevölkerung bei dem Reorganisationswerke ein eben so heiliges Recht, als eine Nothwendigkeit. Dieses Recht kann aber nicht das hiesige sogenannte deutsche National-Komité, nicht die sogenannte deutsche Volksversammlung im Odeum, nicht der preußische-bureaukratisch gesinnte Theil unserer deutschen Bevölkerung, kurz keine Fraktion ausüben, sondern die ganze deutsch gesinnte Bevölkerung; aber nicht durch verläumderische, die alte Zwietracht anfachende Proklamationen und Zeitungsartikel; nicht durch Bramarbasiren und Demagogiren im Odeum, wo man durch Biertrinken nur dem Wirth, nicht dem Gemeinwohl auf die Beine hilft, nicht durch nach Berlin gesandte Adressen und Deputationen, von denen immer eine der andern widerspricht, jede der Ausdruck des wahren Zustandes der Dinge sein will und die die Verwirrung und Unentschlossenheit in Berlin nur vermehren können, — sondern dadurch, daß Jeder sich in seinem Innern klar zu werden sucht, daß er ohne Furcht nach dem Ausspruch seines Gefühls und seines Verstandes entschieden seinen Standpunkt zur Zeit wähle und kund gebe, und daß wir dann Alle zusammentreten, um deutsche Männer der allgemeinen Achtung aus unserer Mitte zu wählen, welche in unser Aller Namen nochmals offen, aufrichtig und rückhaltslos die Hand bieten zum brüderlichen Verein. Man wird diese Hand nicht zurückweisen, man wird das Recht der deutschen Bevölkerung, in der Reorganisations-Kommission neben den Polen vertreten zu sein, bereitwillig anerkennen, wenn die deutsche Bevölkerung so den Beweis liefert, daß sie einig ist, daß sie entschieden ihre Partei, ihren Standpunkt gewählt und genommen, daß sie nicht mehr in ihren Sympathien mit dem Winde wechselt, nicht mehr in unzähligen Parteien und Fraktionen auseinanderfährt, daß sie selbst die Unkrautsäer bekämpft und ächtet. Wir werden dann wieder den Polen gegenüber, die jetzt durch die Machinationen, Demonstrationen und Verläumdungen hoffentlich nur Weniger erbittert und mißtrauisch gegen Alle gemacht, die von ihnen zuerst gebotene Verbrüderung zu bereuen und uns Deutsche im Großherzogthum als entartete Söhne unseres Vaterlandes zu betrachten anfangen, geachtet dastehen und geachtet bleiben. Man wird endlich gern und bereitwillig das Recht und die Nothwendigkeit zugestehen, daß in der Reorganisations-Kommission nicht blos Beirath dem Deutschen gebühre, sondern daß in derselben die preußische Regierung ihre und der Deutschen Interessen, und ihr gegenüber die Polen und Deutschen neben einander ihre gemeinsamen und Sonderinteressen vertreten. Noch ist es nicht an der Zeit, die künftigen Grenzen des Großherzogthums definitiv feststellen zu wollen, das muß später im Wege diplomatischer Verhandlungen zwischen der Kommission, in der nicht die Stadt Posen, sondern auch andere Theile des Großherzogthums vertreten sein sollen, und der Regierung geschehen; die Adressen und Proklamationen, welche man von Bromberg und andern Orten z. B. erläßt und vorbereitet, sind voreilig und selbst schädlich; sie verwirren und regen nur die Gemüther auf, sie stören die nothwendige Eintracht und die schnelle Lösung der Hauptfrage. Jetzt ist Wichtigeres zu thun. Wer erkennt nicht die Gefahr, welche in der gegenwärtigen Unentschiedenheit und Ungewißheit liegt? Alle polnischen Kreise sind unter den Waffen; Posen füllt eine Masse kampflustiger Angeworbener. Gegenüber steht ein starkes schlagfertiges Heer, das sich mit jeder Stunde vermehrt und mit jeder Verstärkung das schon wache Mißtrauen der Polen, man wolle sie mit Gewalt unter das alte Joch zurückbeugen, erhöht. — Beide Theile sind gereizt, und der erste Zusammenstoß würde der Anfang einer furchtbaren Metzelei sein. Noch hat der wunderbare Einfluß des polnischen Comité's, wie die im Allgemeinen ruhige Haltung des Militärs jeden Konflikt vermieden, doch werden die Saiten zu hoch gespannt, so reißen sie. Diesem ungewissen Zustande muß ein schnelles Ende gemacht werden, und wir Alle müssen dazu beitragen, wir müssen nicht die Verwirrung zu vermehren, sondern zu lösen suchen. Die größte Verwirrung in die Angelegenheiten des Großherzogthums haben die feigen Flüchtlinge gebracht durch ihre Lügen und Uebertreibungen von angeblichen Raub-, Mord- und Brandscenen, eben so große die lügenhaften Schilderungen, welche von hier und andern Orten aus in die Zeitungen sich einzuschleichen gewußt haben, und von denen hoffentlich keine von den gewöhnlichen Mitarbeitern herrühren. Wir müssen alle Redaktionen warnen. Man schreit aus: die Zeitungsschreiber sind von den Polen erkauft. Warum? — Weil sie sich nicht dazu hergeben wollen, Lügen zu verbreiten, weil sie nur der gerechten Sache, der Wahrheit dienen wollen. Es haben sich daher hier Vereine gebildet, d. h. man hat Personen gewonnen, die Artikel, wie man sie wünscht, schreiben und an alle öffentlichen Blätter senden sollen, — man will die Presse verfälschen! Die „Berliner Vossische Zeitung", die „Berliner Zeitungshalle" ꝛc. haben dergleichen bereits enthalten. Das Publikum legt sie den gewöhnlichen Korrespondenten dieser Blätter zur Last. Zur Widerlegung jener Berichte erklären wir hier nochmals, daß in Posen selbst noch kein Exzeß begangen ist, die Sicherheit war nie größer als jetzt. Auf dem Lande sind dagegen dergleichen vorgekommen, aber im Verhältniß nur in geringer Zahl, und wenn man auf den Grund geht, meist gegen längst wegen Wucher und dergleichen tief verhaßte Personen, oder durch Uebereilungen der Betroffenen provozirt. Wir bedauern aus mehr als einem Grunde diese Vorgänge, aber sie sind erklärlich und keinesweges geeignet, die Sympathien für die Freiheit Polens zu ersticken. Möge die Presse nicht weiter verfälscht werden!

Posen, 4. April. Die heutige Posener Zeitung enthält folgende Bekanntmachung: „Wenn auch mit Gewißheit zu erwarten steht, daß in den nächsten Tagen die speziellen Befehle Sr. Majestät des Königs zur anderweitigen schleunigen Reorganisation des Großherzogthums Posen eintreffen werden, so erheischt dennoch unter den obwaltenden politischen Verhältnissen die militärische Verfassung, daß die Festung Posen von heute an als im Belagerungs-Zustande befindlich erklärt wird. — Die Ausführung dieser Maßregel wird mit der größten Schonung und Milde erfolgen. — Auch trete ich der hier und da laut gewordenen Befürchtung, als könne diese Erklärung des Belagerungs-Zustandes zur Beschießung der Stadt Veranlassung geben, vorweg und ausdrücklich dadurch entgegen, daß dies durchaus nicht in der Absicht liegt. — Nur ein entschieden auftretender Feind, der sich in die Stadt drängt und sich darin hartnäckig festsetzt, oder einen Angriff der Festungswerke von Seiten schon in der Stadt befindlicher bewaffneter Haufen würde den äußersten Fall einer Beschießung rechtfertigen. Die Absicht geht einzig und allein dahin, die Ruhe und Ordnung der Stadt zu sichern und sie gegen Feinde von Außen und Innen her zu vertheidigen. — Der Belagerungszustand einer Festung bringt nach den für diesen Fall ertheilten Instruktionen, insbesondere dem Publikandum de dato Königsberg den 30. September 1809 mit sich: 1) daß alle Versammlungen auf den Straßen und das Durchziehen derselben in größeren Massen untersagt bleibt. 2) Daß das Tragen von Waffen, welcher Art sie auch sein mögen, so wie das Sammeln und Aufbewahren von Waffenvorräthen verboten ist. — Als Ausnahme gestatte ich nur, daß die hiesige Schützengilde und die Schutzwachen, welche bisher zur Aufrechthaltung der Ordnung beigetragen haben, sich der Gewehre bedienen, welche ihnen bewilligt worden sind. — Der Magistrat wird die Mitglieder des Schützen-Corps und der Schutzwachen sofort mit Legitimations-Karten versehen, auf den Namen dessen lautend, welcher die Waffe zu führen berechtigt ist. — Wer außerdem Waffen zu führen beabsichtigt und dafür Gründe geltend machen kann, hat die Erlaubniß hierzu bei der königl. Kommandantur zu erbitten. — 3) Fremde und Auswärtige dürfen sich nur in der Stadt aufhalten, wenn sie sich vollständig zu legitimiren im Stande sind. — 4) Vergehen aller der Militärgerichtsbarkeit unterworfenen Personen ohne Ausnahme, wie aller mit Inactivitätsgehalt entlassenen, aller zur Disposition gestellten und aller mit Pension verabschiedeten Offiziere, aller Unteroffiziere und Soldaten der Linie und Landwehr des ersten und zweiten Aufgebotes werden vom Tage der Bekanntmachung ab nach den Gesetzen bestraft, welche für den Kriegszustand ertheilt sind. — Sollten gegen alles Erwarten Widersetzungen von einzelnen Personen oder größeren Massen, z. B. bei der Aufforderung, die bei sich führenden Waffen niederzulegen, vorkommen, so werden es die Contravenienten sich selbst zuzuschreiben haben, wenn sie arretirt und verhaftet, schlimmsten Falls durch den Gebrauch der Waffen überwältigt werden. — Die Markttage werden durch obige Maßregeln durchaus nicht gestört. — Sollten die Umstände es nöthig machen, daß der Festungs-Kommandant von den ihm eingeräumten Befugnissen in größerer Ausdehnung Gebrauch machen, und die Strenge der für solche Fälle gegebenen gesetzlichen Bestimmungen eintreten lassen muß, so wird solches der Einwohnerschaft vorher bekannt gemacht werden. Posen, den 3. April 1848. — Der kommandirende General v. Colomb."

♯ **Ostrowo**, 4. April. Heute Nachmittag rückten 50 Mann Kürassiere hier ein, denen bald 2 Compagnien des 11ten Infanterie-Regiments nachfolgten. — In Krotoschin wurde einem der Wachtposten des Nachts von einem Polen, der sich ihm unbemerkt genähert hatte, ein Finger der Hand abgehauen, und zweien der hier eingezogenen, vom Zuge aber aus Schwäche etwas zurückgebliebenen Infanteristen von zwei ihnen entgegenkommenden Polen übel mitgespielt. Aehnliche und bedeutend gewaltthätigere Handlungen sind in manchen andern Städten des Großherzogthums schon vorgekommen, so daß sich hieraus die Zukunft als eine sehr trübe voraussagen läßt.

* **Pleschen**, 4. April. Die polnische Grenze ist seit zwei Tagen gesperrt und nur solche Reisende werden von jetzt ab durchgelassen, deren Paß von einem russischen Gesandten visirt ist. Preuß. Staatsbürger in Polen, deren bisherige Pässe noch nicht abgelaufen sind, werden zwar ohne jene Visa nach Preußen gelassen, dürfen aber auf Grund der bisherigen Pässe nicht mehr nach Polen zurückkehren. Ob damit dem Fortschritt revolutionärer Ideen Einhalt gethan, oder den bereits an der Grenze stehenden Sensenmännern der Eintritt, oder endlich den Russen die Desertion gewehrt werden soll, weiß ich nicht, jedenfalls aber ist das Mittel gegen die Desertion nicht probat, da bereits russische Grenzbeamte und Soldaten mit Sack und Pack herüberkommen.

*** **Breslau**, 5. April. Es sind uns heute von der, von dem Posener National-Comité herausgegebenen, von Cegielski redigirten, Gazeta Polska die Nummern 9 und 10 zugekommen, aus welchen wir zunächst einige interessante Mittheilungen entnehmen. Das Nationalcomité hat in der genannten Zeitung eine Aufforderung an sämmtliche Geistliche ergehen lassen, daß sie, nach dem Vorgange des Erzbischofes von Posen, an den Angelegenheiten des polnischen Vaterlandes das Beispiel vieler ihrer geistlichen Brüder nachahmen mögen, und im Volke das Nationalgefühl stets wach erhalten, sowohl in ihren Vorträgen von der Kanzel herab, als durch ihr eigenes Beispiel im gewöhnlichen Leben. Außerdem werden sie aufgefordert, sofort an den Thürmen der Pfarrkirchen die Nationalfahnen zu befestigen. — Die Abtheilung für den Krieg im Nationalkomité, an deren Spitze L. Mieroslawski und A. Gutry stehen, fordert unter dem 2. April sämmtliche Mitglieder der Nationalwehr, welche bis jetzt noch nicht eingezogen sind, auf, daß sie sich ungesäumt zur Disposition der betreffenden Truppenabtheilungen stellen. Diejenigen von ihnen, die innerhalb 12 Stunden sich noch nicht zu ihrem Bestimmungsorte begeben haben sollten, werden in der Gazeta Polska namentlich an ihre Pflicht erinnert werden. — Die Nummer 10 dieser Zeitung enthält außerdem noch eine interessante Mittheilung, welche ein Mitglied des Nationalkomité's aus Berlin durch Estaffette erhalten hat. Dieser zufolge hat Potworowski in Berlin mit General Willisen eine Unterredung betreffs der Posener Verhältnisse gehabt, nach welcher die Staatsregierung ihre Genehmigung zur Konstituirung einer Armee des Großherzogthums Posen giebt; auf der Fahne dieser Armee soll auf den polnischen Farben der weiße polnische neben dem schwarzen preußischen Adler sein. Diese Armee soll aus der posener Landwehr und der bewaffneten

Macht, die gegenwärtig organisirt wird, gebildet werden. Die polnischen Offiziere vom Jahre 1831 sollen zur Dienstleistung in dieser Armee in ihren früheren Graden berufen werden. Auch in Betreff der übrigen von der delegirten Kommission des Nationalcomité's vorgetragenen Punkte soll ein günstiger Bescheid in Aussicht sein; man setzt daher große Hoffnungen in die Ankunft des General Willisen, der zum Organisator und Chef der Armee des Großherzogthums Posen ernannt sein soll. — Außerdem wird in mehreren Artikeln der Gazeta Polska vielfach Beschwerde über das Benehmen der Deutschen im Großherzogthum Posen gegen die Polen eführt. Während die Bewohner von ganz Deutschland mit der polnischen Sache sympathisirten, und den Polen einen glücklichen Fortgang ihrer gerechten Sache wünschten, benähmen sich die Deutschen im Großherzogthume Posen, und namentlich die deutschen Beamten daselbst ganz anders gegen die Polen, ja sie behaupteten sogar gegen letztere eine entschieden feindselige Stellung. Wir übergehen die einzelnen Thatsachen, welche die Gazeta Polska den Deutschen zur Last legt, stimmen aber von ganzem Herzen in ihren Wunsch ein, daß dieser Zwiespalt zwischen Deutschen und Polen im Großherzogthume doch bald eine friedliche und versöhnliche Lösung nehme. Wie die Gazeta Polska versichert, soll von Seiten der Polen alles geschehen, um eine endliche Versöhnung zwischen ihnen und den Deutschen herbeizuführen. — In einem leitenden Artikel „England in Verbindung mit der gegenwärtigen Lage der polnischen Angelegenheit" wird die Nothwendigkeit einer Alliance zwischen England, Preußen und Oestreich gegen Rußland dargelegt, die für die beiden deutschen Nationen um so dringender wäre, als sie nur durch eine solche Alliance ihre Errungenschaften gegen die wahrscheinlichen Angriffe Rußlands zu wahren vermöchten. Polen müßte aber aus demselben Grunde erst von seinem Joche befreit werden, worin ebenfalls von England thätige Hülfe geleistet werden könne. Es muß daher das englische Volk angegangen werden, daß es 1) seine Regierung zum raschen Handeln veranlasse, 2) Freiwillige in die Reihen der polnischen Armee abschicke und 3) eine Anleihe hergebe. Dann hätte das Nationalkomité von dem englischen Ministerium zu fordern: 1) daß es sich sofort in Betrff der polnischen Sache erkläre, 2) daß es Preußen und Oesterreich zum Angriffskriege veranlasse und 3) daß den polnischen Insurgenten Waffen und Munition gegeben werden.

Stettin, 2. April. Wie man hört, sind nunmehr Ingenieur-Offiziere mit Mannschaften von hier abgegangen, um theils in Swinemünde, wo es schon vor Jahr und Tag geschehen sollte, jedoch bisher immer unterblieb, theils auf dem Revier zwischen dort und hier Batterien und Befestigungen zu errichten. Natürlich läßt sich in diesem Augenblick noch nichts darüber sagen, ob es überhaupt Noth darum thut, doch fürchten wir sehr, daß, wenn über kurz oder lang wirklich feindliche Angriffe von der einen oder anderen Seite auf unsere Küste erfolgen sollten, diese Batterien und Befestigungen sich nur als ein schwaches Widerstandsmittel erweisen werden. Inzwischen werden die gegenwärtigen Umstände hoffentlich zugleich darauf hinführen, daß ohne Verzug zwischen hier und Swinemünde eine (wenn auch nur einfache, vorläufige) Telegraphenlinie, entweder von Seiten des Gouvernements oder unserer Kaufmannschaft, errichtet wird. — Hinsichtlich unserer, in der nächsten Zeit den Sund passirenden Schiffe hegen hiesige Rheder fortwährend Besorgnisse der einen oder anderen Art, die aber hoffentlich, wie schon neulich erwähnt, sich als unbegründet erweisen werden. Von allen in den letzten Tagen durch den Sund in unserem Hafen angekommenen Schiffe hat keines dort irgend etwas Widriges erfahren. Nur einige holsteinische Schiffe waren dort angehalten und eines Theils ihrer Mannschaft, um die dänische Marine zu rekrutiren, beraubt worden. — Auch hier ist nun bereits die Landwehr einberufen worden. (Ostsee-Ztg.)

Stettin, 3. April. So eben theilt man uns aus Colberg mit, daß von dem Hafen dieser Stadt aus eine englische Flotte von 17 Segeln gesehen worden sei. Die Strand-Befestigungen Colbergs ist man im Begriff zu vervollständigen.

(Ostsee-Z.)

Greifswalde, 2. April. So eben erhalte ich aus Rostock vom 31. v. M. folgende Nachricht: „Schon vor einigen Tagen trafen zwei Abgeordnete der Krone Dänemarks — Lehmann und Knuth (doch nicht die beiden Minister gleichen Namens) — welche sich an unserer Küste hatten ans Land setzen lassen, hier ein, und reiseten, nachdem sie Depeschen, wie man sagt, nach England und Rußland, auf die Post gegeben hatten, sofort weiter nach Berlin. Gestern kam wieder ein dänisches Dampfschiff in unsern Hafen mit einem andern dänischen Gesandten, General Oxholm, am Bord, welcher ebenfalls sogleich nach Berlin gereist ist. Indessen haben einige Kaufleute und Schiffer ihn sowohl, als den Kapitain des Dampfschiffes gesprochen, und beide haben ihnen in Betreff des Verhältnisses von Dänemark zu Deutschland die beruhigendsten Versicherungen gegeben, und ihnen gesagt, daß es durchaus nicht in der Absicht (!) Dänemarks läge, mit Deutschland einen Krieg anzufangen, was ja rücksichtlich des Sundzolles ihr, der Dänen, eigenes Interesse, ihnen verbiete. Der Sund sei nach wie vor ganz frei und Schiffe aller Flaggen könnten ungehindert passiren. — Auch — so hatte der Dampfschiffs-Capitain versichert — holsteinische Schiffe ließe man frei, doch würden solche ihrer Mannschaften beraubt und als dänische Unterthanen einstweilen gefangen genommen ꝛc. Hiernach scheinen also im Sunde deutsche Schiffe, für den Augenblick wenigstens, ungefährdet zu sein und werden die Dänen es auch gewiß in der Folge nicht leicht wagen, der Schiffahrt (ausgenommen durch den Schleswig-Holst.-Kanal) Hindernisse in den Weg zu legen. Es könnte ihnen theuer zu stehen kommen."

(Ostsee-Z.)

Magdeburg, 3. April. Morgen geht eine rüstige Schaar von 10 wackern jungen Männern von hier ab, unseren bedrängten Brüdern in Schleswig-Holstein um ihr gutes Recht gegen die Anmaßungen der Dänen kämpfen zu helfen. Veranlaßt durch die noch vor Kurzem vielfach verbreiteten Nachrichten, daß der Zuzug von Mitkämpfern aus der Fremde nicht gewünscht werde, hatten unsere jungen Mitbürger eine Anfrage in dieser Hinsicht an die provisorische Regierung gestellt, von der in diesen Tagen folgende Antwort eingegangen ist:

„Auf das Schreiben des Herrn Reinhardt, d. d. Magdeburg, den 29. d. M., aus welchem die provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein mit Freude Ihre patriotische Theilnahme für unsere Sache ersehen hat, wird Ihnen erwidert, daß geübte Mannschaft, Waffen und Munition wesentliche Dienste leisten und mit Dank willkommen geheißen würden. Die Art der Waffen anlangend, so sind Büchsen oder Büchsen mit Bajonnet die besten. Dem Eintreffen der Hülfe — hier am Orte — wird je eher je lieber entgegengesehen. Rendsburg, den 31. März 1848. — Die provisorische Regierung. — Beseler. Schmidt. Bremer. Th. Olshausen. An Hrn. Kfm. C. A. Reinhardt." (Magd. Z.)

Köln, 1. April. Mit dem letzten aus Belgien angekommenen Eisenbahnzuge trafen gestern Abend der Herzog und die Herzogin von Nemours nebst 3 Kindern unter dem angenommenen Namen einer deutschen gräflichen Familie mit einem Gefolge von 6 Personen hier ein und übernachteten in dem am Rhein gelegenen „Hotel royal." Heute früh setzten die Reisenden den Weg nach Koburg fort. Personen, welche mit der vertriebenen Familie in Berührung kamen, schildern die Stimmung des Herzogs als eine sehr trübe, ebenso soll die Herzogin ungemein niedergeschlagen und traurig gewesen sein. (M. Z.)

Koblenz, 1. April. Aus glaubwürdiger Quelle vernimmt man heute hier die Nachricht, daß eine dem General-Kommando hier gestern zugegangene Estafette die Nachricht überbracht habe, daß unser zu Saarlouis und Saarbrücken stationirtes 9. Husaren-Regiment ein Gefecht mit den über die Grenze übergebrochenen französischen Proletariern bei Lebach bestand, dabei 10 bis 12 Todte verloren, jedoch den Sieg davon getragen habe. Die hiesige Festung wird in Kriegszustand gesetzt. Die großen Werke Veste Kaiser Franz und Alexander diesseits des Rheines und jenseits der Mosel werden gegenwärtig verproviantirt und sind bereits vollständig mit Pallisaden und vorgeschobenen Blockhäusern umgeben; nunmehr nimmt man die Verpallisadirung unserer Stadt vor dem Mainzer Thore vor. Im hiesigen Schlosse sollen die kostbaren Möbel eingepackt und von da auf den Ehrenbreitstein geschafft werden. Vieler Gemüther dahier hat sich die Angst bemächtigt und man hört von zahlreichen Familien, welche sich zur Abreise anschicken. — Auch hier hört man von Fällen, daß Offiziere, unzufrieden mit der neuen Umgestaltung der Dinge bei uns, beabsichtigten, ihren Abschied einzugeben, es sollen darunter mehre Offiziere des 7. Ulanen-Regiments sein. — Gestern ging ein Kommando von 50 Pionieren und eine Train-Abtheilung nach Saarlouis und der Grenze ab. (Düsseld. Ztg.)

† **Münster,** 2. April. Der Oekonom Fraling aus der zum Kreise Steinfurt gehörenden Dorfgemeinde Nordwalde, den man für den Verfasser der in Nr. 73 d. Z. mitgetheilten Bauernadresse an den König hält, ist vorgestern Abend in dem Städtchen Rheine, wo er sich Geschäfte halber aufhielt, auf Veranlassung des Landraths von Steinfurt, Herrn v. Basse, plötzlich verhaftet und nach Steinfurt transportirt worden. Um nicht neben dem ihn transportirenden berittenen Gend'arme den sechs Stunden weiten Weg herlaufen zu müssen, sah er sich genöthigt, auf seine Kosten ein Fuhrwerk zu miethen. In Steinfurt brachte man ihn auf Befehl des Landraths in ein schmutziges, dumpfes Gefängnißlokal, in dem sich eine Bettlade mit einem Strohsack und einer Decke befand. Obgleich in diesem Bette, wie er sich aus der Wärme desselben überzeugte, unmittelbar vorher Jemand, der doch möglicherweise mit einer ansteckenden Krankheit oder mit Ungeziefer behaftet sein konnte, gelegen, wollte man ihm auf wiederholtes Bitten keine reine Bettücher verabfolgen und er hätte die Nacht auf der Erde zubringen müssen, wenn nicht aus Mitleiden jener Gensd'arm ihm endlich Betttücher aus dem benachbarten Gasthofe geholt hätte. Dieses an die Blüthezeit unserer zu Grabe getragenen Polizeiwirthschaft erinnernde Verfahren wird hoffentlich die verdiente Rüge finden. — Es kommen leider täglich, oft stündlich, Staffetten hier an, welche die Nachricht von Aufständen auf dem Lande und in den Städten gegen den Adel, gegen mißliebige Beamte und gegen die Juden bringen und um militärische Hülfe nachsuchen. Leider kann diese nicht nach all den Orten, wo der Aufruhr lodert, gleichzeitig versandt werden, wenngleich hier die Ruhe und Ordnung durch unsere 2000 Mann starke bewaffnete Bürgergarde aufrecht erhalten wird und dazu kein Militär nöthig ist. **Einem höheren Befehl zufolge hat der Divisionsgeneral von Tietzen dem Magistrate eröffnet, daß beim Ausbruche von Unruhen in unserer Stadt das Militär dieselbe sofort verlassen werde, um jedem möglichen Konflikt zwischen Militär und Bürgern vorzubeugen.**

Deutschland.

Frankfurt a. M., 2. April. In dem zweiten Theil der gestrigen zweiten vorberathenden Versammlung zum deutschen Parlament lag zunächst die Frage zur Entscheidung vor, wann die konstituirende Nationalversammlung zusammentrete, und wie dieselbe berufen werden solle. Der Antrag des Präsidenten, der auch im nachherigen Verlauf der Debatte mit Stimmeneinhelligkeit zum Beschlusse der Versammlung erhoben wurde, lautete dahin, daß die konstituirende Nationalversammlung nächsten Montag über vier Wochen (also am 1. Mai) in Frankfurt zusammentreten müsse. Lebhafte und lange Verhandlungen veranlaßten nun die Frage, wie es in der Zwischenzeit gehalten werden solle. Zwei Hauptansichten machten sich in der Versammlung geltend; die eine von Wesendonk in einen Antrag formulirte und von vielen Rednern unterstützte, es solle aus der Versammlung ein permanenter Ausschuß von 50 Männern gewählt werden, die zweite, namentlich von Hecker befürwortete, die ganze Versammlung möge sich bis zum Zusammentritt der konstituirenden Nationalversammlung unbedingt für permanent erklären. Auch dieser Antrag fand vielseitige Unterstützung; beide Anträge aber suchte von Itzstein durch einen dritten zu vermitteln, die Versammlung möge sich für moralisch permanent erklären und einen Ausschuß von 50 Männern wählen, an dessen Berathungen denn auch die eben hier bleibenden Mitglieder der Versammlung theilnehmen möchten. Aber auch dieser Antrag führte zu keiner Einigung; die Meinungen gingen namentlich in dem Punkt auseinander, welche Stellung der permanente Ausschuß neben oder der Bundesversammlung gegenüber einnehmen solle. Da stellte und motivirte von Gagern aus Darmstadt folgenden Antrag: 1) Einen Ausschuß von 50 Mitgliedern zu wählen. 2) Den Ausschuß zu beauftragen, die Bundesversammlung zur Wahrung der Interessen der Nation und bei Verwaltung der Bundes-Angelegenheiten bis zur nahen Berufung der konstituirenden Versammlung zu berathen und selbstständige Anträge an dieselbe zu stellen. 3) Die Bundesversammlung einzuladen, bezüglich der Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritt der konstituirenden Versammlung mit dem Ausschuß als Männern des Vertrauens des Volkes in Benehmen zu treten. 4) Den Ausschuß zu beauftragen, im Falle der Gefahr die gegenwärtige Versammlung wieder einzuberufen. Lauter Beifall begrüßte diesen Antrag, und von vielen Seiten ließ sich der Ruf nach Abstimmung vernehmen. Nach einer kurzen Debatte über die Reihenfolge und Fragestellung, wie die Anträge zur Abstimmung gelangen sollten, wurde zuerst der Antrag auf unbedingte Permanenz der Versammlung bei der durch Namensaufruf erfolgten Abstimmung mit 368 Stimmen gegen 143 verworfen; eben so der früher vorgelegte Antrag, die Permanenz der berathenden Versammlung bis zum Eintritt der konstituirenden zu bestimmen und die gegenwärtige Versammlung mittlerweile mit berathenden Mitgliedern von Oesterreich und Preußen baldmöglichst beschicken zu lassen. Damit diese Permanenz möglich werde, könne der Präsident auf Begehren der Mitglieder bis zum Minimum von 50 derselben Urlaub ertheilen, und bleibe somit immer noch ein vertrauungsvoller Ausschuß von wenigstens 50 Mitgliedern beisammen. Auch der von Itzsteinsche Antrag wurde nicht angenommen. Dagegen wurde der Antrag von Gagern's bei Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben mit weitaus überwiegender Mehrheit von der Versammlung zum Beschluß erhoben.

In der heutigen Sitzung der Versammlung wurde folgender Antrag gestellt:

„Die Unterzeichneten beantragen, die Versammlung solle erklären: bevor die Bundesversammlung die Angelegenheiten der Begründung einer konstituirenden Versammlung in die Hand nehmen kann, muß sich derselbe von den verfassungswidrigen Ausnahme-Beschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schoße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben." (Folgen die Namen.) Nachdem dieser Antrag von Zitz entwickelt war, beantragte Bassermann, indem er dem Antrage der Sache nach vollständig beitrat, nur insofern eine Modifikation desselben, als er wünschte, daß nicht die Betreibung der Angelegenheit der konstituirenden Versammlung von einem vorausgegangenen Personenwechsel im Bundestage abhängig gemacht und dadurch verzögert werde. Er schlug daher folgende Fassung vor: „Die Unterzeichneten beantragen, daß die Versammlung verlange: Indem die Bundesversammlung die

Angelegenheit der Begründung einer „konstituirenden Versammlung in die Hand nimmt, „muß sich derselbe ꝛc." Ein Theil der Urheber und Vertheidiger des ursprünglichen Antrags erklärte sich mit dieser Abänderung einverstanden, ein anderer Theil bestand jedoch auf der ursprünglichen Fassung. Nach längerer Verhandlung ward der ursprüngliche Antrag mit großer Mehrheit verworfen, dagegen derselbe mit der Bassermann'schen Abänderung angenommen. Ein Theil der überstimmten Minorität nahm an dieser zweiten Abstimmung nicht Theil, sondern verließ den Saal; ein anderer Theil erklärte jedoch, daß er sich der Majorität unterwerfe, und auch an den ferneren Arbeiten der Versammlung theilnehmen werde. Die ausgetretene Minorität hat in einer gedruckten Erklärung gesagt, sie habe durch den Zitz'schen Antrag ein Glaubensbekenntniß des Bundestags vermitteln wollen, wodurch dessen fortwährender Wirksamkeit und dem volksthümlichen Ansehen des Ausschusses einiges Vertrauen erzeugt werden sollte, — und man sei fortgegangen, weil die Versammlung auch diesen Versuch durch ihre Abstimmung vereitelt habe.

Der vieljährige Vertreter Holsteins und Lauenburgs beim Bundestage, Freiherr von Pechlin, ein Schleswiger, hat auf die erste Kunde von der Vereinigung Schleswigs mit Dänemark sofort um seine Entlassung gebeten. (Frkf. Bl.)

Karlsruhe, 31. März. Die Karlsr. Ztg. berichtet, nach einem Bundesbeschlusse vom 26. d. M. sind das siebente und achte Armeekorps mobil gemacht. Die Truppen sind bereits auf dem Märsche nach ihren Sammelplätzen.

Engen, 30. März. Heute war hier wieder Volksversammlung. Die Stimmung war aufgeregter, als je. Der Ruf nach Republik war allgemein und heftig unter dem Landvolk; die Versammlung beschloß, 12 Abgeordnete nach Frankfurt zu schicken, und die Versammlung daselbst aufzufordern, daß sie die Republik verkünde; wo nicht, so wolle man solche in Baden allein proklamiren. Zugleich wurde beschlossen, daß alle Bauern ihre Söhne, welche bei dem Militär seien, zurückrufen. Die Anarchie ist groß; es werden keine Steuern mehr bezahlt; selbst Kapitalisten können keine Zinsen mehr erhalten; alle Geschäfte stocken, und das Land ist mehr als je von Landstreichern durchschwärmt. (Karlsr. Z.)

Hannover, 1. April. Der Minister antwortete heute auf eine Anfrage des Landraths Schwers, ob man wohl auf England rechnen könne, wenn Dänemark in der Ostsee die hannoverschen Schiffe belästige? Daß man nicht annehmen könne, daß England für Holstein gegen Dänemark auftreten werde. (Börsenhalle.)

(Schleswig-Holstein.) — Hamburg, 3. April. Die Ereignisse in Schleswig-Holstein drängen zur Entscheidung und die Stellungen beginnen jetzt mit größerer Bestimmtheit hervorzutreten. Die neuerdings publicirten Erklärungen des Herzogs von Augustenburg und der provisorischen Regierung sprechen es bestimmt aus, daß diejenigen, welche jetzt die Angelegenheiten der Herzogthümer leiten, keine gewaltsame Lostrennung wollen, sondern nur die Wahrung der Rechte des Landes den gewaltsamen Attentaten gegenüber, welche die ultra-dänische Partei in Kopenhagen gegen dieselben unternommen hat und deren erstes Opfer die freie Willensverfügung des Königs-Herzogs selbst geworden ist. Ja die Männer, welche sich jetzt an der Spitze Schleswig-Holsteins befinden, gehen in ihren Erklärungen noch weiter, sie desavouiren ausdrücklich ihrerseits jedes Attentat auf fremde Nationalitäten und stellen es dem freien Ermessen der Nordschleswiger anheim, sich für den Anschluß an Dänemark, das angebliche Land ihrer Wahl, oder für Deutschland auszusprechen. Mag man nun die Präcision dieser Erklärungen dem eigenen Bedürfnisse, ein Ultimatum hinzustellen, beimessen, oder sie als das Resultat diplomatischer Unterhandlungen der letzten Tage anzusehen geneigt sein, jedenfalls ist es gewiß, daß aus der Stellung, welche der Herzog und die provisorische Regierung durch ihre neuesten Erklärungen angenommen haben, kein Rücktritt mehr möglich ist.

Rendsburg, 31. März. Dänische Truppen sind in feindlicher Absicht in die Stadt Hadersleben eingedrungen, welche von 1400 Mann besetzt ist. Diese führen zwei Feldbatterien mit sich. Wie man sagt, beläuft die ganze Stärke der dänischen Armee in Jütland sich auf 8000 Mann, sie wird indeß durch Zuzug von Seeland und Fühnen vermehrt werden. In Randers ist ein Regiment Kavalerie, das meist aus deutschen Soldaten besteht. In Fridericia sind zwei Bataillone Infanterie und ein Artilleriecorps, die ganz aus den Herzogthümern rekrutirt sind. Die Offiziere, und zum Theil auch die Unteroffiziere, sind Dänen. Diese Truppen werden nicht mit Munition versehen und man ist darauf bedacht, sie nach Fühnen zu führen. Sie werden sich aber ohne Zweifel weigern, dahin zu gehen. Einzelne sind davon bereits entflohen und zu uns gekommen. Neulich wollten die dänischen Offiziere diese beiden Bataillone nach Colding führen, brachten sie aber wieder zurück, als sie anfingen, „Schleswig-Holstein meerumschlungen" zu singen.

Rendsburg, 2. April. Nach brieflicher Mittheilung aus Berlin haben die dänischen Minister Graf Knuth und Orla Lehmann *) gegen das königlich preußische Gouvernement einige unbefriedigende Zugeständnisse zu Gunsten des Herzogthums Schleswig angeboten, wenn der König von Preußen keine Truppen nach Holstein absenden werde. Denselben ist aber die Antwort geworden, daß der König bereits Marschordre gegeben habe.

*) In Hamburg will man mit Bestimmtheit wissen, daß nur Graf Knuth nach Berlin, Orla Lehmann dagegen nach London gegangen sei. (B.-H.)

Nachmittags. Der Flecken Gravenstein, dem Herzoge von Augustenburg zuständig, ist von den Feinden besetzt. Unsere Truppen haben eine feste Position bei Bau, anderthalb Meilen jenseits von Flensburg, genommen, welche sie behaupten werden. Wahrscheinlich wird in diesem Momente schon gefochten. Von Hannover werden 10,000 Mann einrücken, sind aber mit Sicherheit erst am Ende dieser Woche zu erwarten. (Die „Hannov. Zeitung" meldet vom 1sten d. M. daß in Folge der Ereignisse in Schleswig-Holstein bei Harburg zwei Batterien Artillerie, zwei Regimenter Kavallerie und mehrere Bataillone Infanterie zusammengezogen werden.)

Gestern Abend kehrte der Advokat Lohse von einer Sendung nach Berlin zurück. In einer Audienz beim Minister des Auswärtigen, von Arnim, hatte dieser ihm die Zusicherung ertheilt, daß möglichst rasch 6 Bataillone Infanterie, 3 Regimenter Kavalerie und 3 Batterien von der preußischen Regierung zur Disposition der provisorischen Regierung gestellt werden würden. (— Die Truppen sind bereits hier in Hamburg angemeldet, wo auch schon gestern der preußische Oberst von Bonin, der diese Truppenabtheilung dem Vernehmen nach befehligt, angekommen ist *). — In einem unter dem 31sten v. M. erlassenen Schreiben des königlich preußischen Kriegs-Ministeriums heißt es unter Anderem wie folgt: „Die verlangte Quantität Zündhütchen wird von einem der beiden diesseitigen Grenadier-Regimenter bei ihrem Abmarsch nach Rendsburg von hier gleich mitgenommen und zu seiner Zeit sofort an ein hochlöbliches General-Kommando abgeliefert werden. — Am Morgen rückte eine komplete 6 Pfd. Batterie unter Befehl des Artillerie-Kapitän v. Leuer, zugleich mit einem Theil Ammunition und Requisitenwagen aus, um sich der Armee anzuschließen. Die Batterie wurde begleitet von der 3ten Eskadron des 2ten Dragoner-Regiments. Ein Kommando von 280 Mann Jäger vom 4ten und 5ten Jägerkorps ist in derselben Richtung abgegangen, ein von dem Grafen Rantzau v. Breitenburg befehligtes Freikorps gegen 700 Mann, ist diesen Nachmittag 4 Uhr ausgerückt.

Oesterreich.

Wien, 4. April. Se. Majestät der Kaiser hat den provisorischen Minister-Präsidenten, Grafen Kolowrat wegen eines eingetretenen heftigen Unwohlseins, welches den unverschieblichen Gebrauch einer Kur dringend heischet, von der provisorischen Leitung des Ministerrathes zeitweilig in Gnaden loszuzählen geruhet, welche nunmehr interimistisch von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Ficquelmont, besorgt wird. — Se. k. k. Majestät geruhte am 21. März dem Oberstkanzler, Grafen von Inzaghi, nach einer fünfzigjährigen Dienstlaufbahn seine Bitte um Versetzung in den Ruhestand unter Bezeugung der vollsten Zufriedenheit mit seiner ausgezeichneten Dienstleistung zu gewähren. — Da die veränderte Einrichtung der Staatsgeschäfte im obersten Centrum die Funktionen des Staatsrathes nicht mehr gestattet, so haben Se Majestät diese Institution aufzuheben, und den Mitgliedern des Staatsrathes in Anerkennung der wichtigen Dienste, welche dieselben geleistet haben, eine ihren Kenntnissen und Erfahrungen angemessene, die konstitutionelle Bewegung des Ministerrathes nicht beirrende Stellung zu geben beschlossen. — Die Ernennungen des Freiherrn v. Krauß, bisherigen zweiten Gubernialpräsidenten in Galizien, zum Finanzminister, und des Feldmarschallieutenants Peter Zanini zum Kriegsminister, haben in allen Kreisen den ungetheiltesten Beifall erhalten. — Während des Schlusses dieser Abendzeitung findet eine allgemeine Universitätsversammlung zur Wahl von Abgeordneten zum Volkstag nach Frankfurt a. M. statt. (Wiener Ztg.)

**** Wien**, 4. April. Die Besetzung der beiden Ministerstellen des Kriegs und der Finanzen durch den F. M. L. Zanini und Regierungs-Präsidenten Krauß hat einen sehr freudigen Eindruck im Publikum gemacht. Beide gehörten dem Bürgerstande an, und haben sich, was unter dem gestürzten System nichts Geringes war, durch ihr Talent emporgeschwungen. Dagegen dürfte das Kollegium des sogenannten Hofkriegsrathes, der durch seinen oft lähmenden Einfluß in der österreichischen Geschichte weltberühmt geworden war, durch Zaninis Erhebung nicht wenig entmuthigt sein. Nachdem die Stunde der Reform geschlagen, so kann sie bei dieser Stelle nicht ausbleiben. Man muß wissen, daß der Hofkriegsrath bisher nur meistens adelige Ausländer als Offiziere zur Armee heranzog, und daß überhaupt das System herrschte: **die Armee der Leitung der Aristokratie zu überlassen.** Dieses System wurde letzter Jahre so auf die Spitze getrieben, daß die bürgerlichen Offiziere und überhaupt alle Subalternen auf eine wahrhaft jesuitische Weise bevorzugt und überwacht wurden. — Der neue Finanz-Minister Krauß hat eine eben so schwere Aufgabe zu lösen, allein seine Tüchtigkeit ist ebenso bekannt, als sein Eifer für den Dienst fürs Vaterland, mit dem er sich in letzter Zeit in Lemberg mit Stadion vereint, so tüchtig bewies. Es heißt, Letzterer soll auch ins Ministerium herbei gezogen werden. Es wird sich dieses binnen wenigen Tagen entscheiden, denn die Ausscheidung des Grafen Taafe als Justizminister, so wie einer noch höhern Person in dem Ministerium scheint unvermeidlich; die öffentliche Volks-Meinung spricht sich hierbei zu heftig aus. — Dem Vernehmen ist S. k. H. der Erzherzog Johann bestimmt, sich unverzüglich nach Frankfurt zu begeben, um den Bundestagssitzungen im Namen des Kaisers beizuwohnen. Die Wahl der Bevollmächtigten zu dem deutschen Parlament ist von Seite der Universität auf die beiden berühmten Schriftsteller Schuselka und Kuranda gefallen. Die Fakultät hat jetzt die weitere Wahl zu bestätigen. — Der berüchtigte Militärgouverneur von Venedig F. M. L. Graf Zichy ist heute von dort hier eingetroffen. Zilli wurde von der dortigen Nationalgarde in Verwahrung genommen und mittelst eines eigenen Wagens und unter Militärbegleitung über Hetzendorf, allwo ihn ein Hauptmann in Empfang nahm, hierher gesendet. Die Erbitterung gegen denselben ist ungeheuer. — Erzherzog Ludwig hat endlich nach Abgang des Präsidenten Kolowrat seine Stelle als Stellvertreter Sr. Maj. niedergelegt. Der verhaßte Fürst Windischgrätz geht als Kommandant der gegen Norden zu bildenden Armee nach Mähren ab. Der Jubel war ungeheuer. — Der Minister Graf Hartig wartet nur auf Instruktionen, um die Pazifikations-Vorschläge nach Italien zu bringen. Die Abreise des Grafen Montecuculi war zu voreilig gemeldet.

*) Die Hamb. „Börsenhalle" meldet unterm 3ten ferner: „In den nächsten drei Tagen werden in Altona täglich 1400 Mann preußischer Truppen eintreffen; zuerst vom Kaiser Alexander, dann vom Kaiser Franz Grenadier-Regiment. — Prinz Waldemar von Preußen ist hier angekommen."

Krakau, 30. März. Wir fürchten sehr, daß die Monarchie hier in unserm kleinen Krakauer Gebiet eine Wunde hat, die noch empfindlich schmerzen dürfte. Die oft gehörte Behauptung, daß Krakau der Centralpunkt polnischer Nationalbestrebung sei, scheint neuerlich sich bewähren zu wollen, und indem gar Viele die Wiederherstellung Polens als eine Sache, die sich von selbst versteht, betrachten, ist damit einer Ansicht die Bahn gebrochen, aus der sich bedenkliche Folgen entwickeln können. Nur die Furcht vor einem Einmarsche der Russen dämpft noch einigermaaßen die glühenden Wünsche vieler Aufgeregten; die Besonneneren haben alle Mühe, unruhige Bewegungen und damit die Veranlassung zu jenem Einmarsche fern zu halten. Widerstrebt auch das Gefühl der Nationalität selbst den billigen historisch-politischen Verhältnissen, welchen wir unter dem konstitutionellen Oesterreich uns unterordnen; so ist für dieselben doch Achtung und eine aufrichtige Partei nicht nur denkbar, sondern sogar wünschenswerth; zwischen Polen und Rußland aber besteht nur der Zusammenhang von Leben und Tod — das Sterben wäre die letzte Thätigkeit der Nation. (Oester. Z.)

Aus Ostgalizien, 26. März. Die Grenze bei Novosielipa (Neudörfl) ist von Rußland aus fast ganz gesperrt. Nur Kaufleute, welche dem russischen Zollamte persönlich bekannt sind, dürfen mit Pässen der Landesstelle nach Rußland eintreten. Das Sprechen beim Zollschranken ist nur in gehöriger Entfernung in russischer Sprache und in Beisein russischer Beamten gestattet. — Die Verhältnisse in Czernowiz waren bisher im Allgemeinen ziemlich befriedigend. — Seit einigen Tagen scheint sich jedoch auch eine aus unbekannter Quelle hervorgehende Wirksamkeit zu offenbaren, die wahrscheinlich mit jener, welche die Herstellung des polnischen Reiches zum Endziele hat, zusammenhängt, wenigstens alle Hindernisse dagegen durch Bearbeitung der Volksstimmung zu untergraben oder wegzuschaffen sucht. (Oestr. Z.)

**** Lombardei.** Die neueste Nummer der Wiener Zeitung bringt abermals gar keine und die Oesterreichische Zeitung ganz konfuse Nachrichten über die Ereignisse in der Lombardei; es scheint wirklich, als ob man die Wiener in Betreff der Gestaltung der Dinge in diesem Staate ganz im Dunkeln lassen wolle. Nach den süddeutschen und italienischen Blättern steht es mit der österreichischen Armee nicht zum Besten. In Mailand rücken fortwährend piemontesische Truppen ein, so z. B. am 27. März eine piemontesische Batterie. Die österreichischen Truppen unter Radetzki ziehen sich immer mehr nach Verona hin und haben bereits die Adda passirt. In Betreff des Armeekorps unter General d'Aspre sind zwei verschiedene Angaben vorhanden. Nach einem in der Allg. Ztg. enthaltenen Gerücht wäre der General d'Aspre von Italienern ermordet worden und seine Heeresabtheilung auf dem Wege nach Deutschland. Die „Oester. Ztg." behauptet hingegen nach Briefen aus Verona vom 29. März, daß eben erst das Armeekorps des General d'Aspre aus Padua vor Verona eingetroffen sei. Jenes Gerücht der Allg. Ztg. besagt auch noch, daß

Verona vollständig in der Macht der Italiener sei. — Ferner macht die provisorische Regierung zu Mailand in der dortigen Zeitung vom 27. und 28. März einen Bericht des Kriegskomitats in Brescia bekannt, wonach der Chef des Generalstabs, General Schönhals, mit 2 Obersten, 2 Oberstlieutenants, 51 Offizieren, 800 Mann Infanterie, 60 Dragonern und dem Delegaten Breindl (von Galizien her bekannt) gefangen worden. Dabei wurden drei Feldkanonen erbeutet.

Italien.

Modena, 23. März. Die provisorische Regierung hat folgendes Dekret erlassen: „Die provisorische Regierung, das hohe Geschick anticipirend, welches Italien vorbehalten ist, und welches immer die Regierungsform sein mag, welche die gesetzlich konstituirte Nationalversammlung annehmen wird; in Betracht, daß die Integrität des eigenen Staates ein unveräußerliches Recht ist und daß die engste Solidarität der Rechte und Pflichten alle italienischen Völker zum Zwecke der gemeinsamen Unabhängigkeit verbinden muß — beschließt: 1) Die Ständeversammlung soll am 25. April d. J. zusammentreten. 2) Die provisorische Regierung wird sich unter dem Schutze und der Garantie der verbündeten Fürsten Italiens konstituiren. 3) Dieser Beschluß wird sämmtlichen italien. Staaten sofort mitgetheilt werden."

Rußland

* Aus Kalisch wird der Gazeta Polska geschrieben: In der Gegend von Kalisch stehen nur nur 700 Mann russischer Infanterie und bei Peisern 500, das ist die ganze bewaffnete Macht, außerdem stehen noch 2 Geschütze vor Galiczyn; die Offiziere und gemeinen Soldaten wären in der größten Angst und denken nur an Flucht. Das dortige Militär ist fortwährend auf dem Marsche, wahrscheinlich um dadurch die Meinung zu veranlassen, daß es zahlreich sei. Kosaken befinden sich daselbst nur 50 Mann. — Aus Warschau sind viele Spione nach Kalisch gekommen, einer von ihnen, Zukowski, ist nach Ostrowo gereist. In Warschau selbst ist wenig Militär, und dieses bivouacquirt auf den Straßen, Paskewicz wird in Kalisch erwartet.

Koschentin, 31. März. In Czenstochau und Umgegend sind bereits 8000 Mann Russen angekommen und im wieluner Kreise sollen deren 20.000 Mann vertheilt werden. Jeder Straśnik erhält 3 Kosaken zugetheilt mit dem Befehl, keinen Preußen — selbst auch mit Paß — über die Grenze zu lassen. (Telegr.)

Großbritannien

* **London,** 31. März. Ungeachtet zwei Nachrichten die Citywelt präokkupirten: 1) die Erklärung Venedigs zur Republik; 2) der König von Napel habe auf die Krone Siciliens entsagt: hielten sich unsere Stocks nicht nur zu den gestrigen Schlußkursen, sondern stiegen sogar ein wenig. — Man meldet uns so eben, Fürst Metternich sei hier eingetroffen, doch hatten wir keine Zeit, diese Angabe zu verifiziren. — Der hochtoristische geldstolze Standard, (Morning Herald) sieht laut Artikel XCI. und CVI. des Wiener Vertrages (!) keinen Casus foederis im Marsche Karl Alberts nach Mailand. Wir erwähnen dies zur Charakteristik des Geistes in England.

Frankreich,

* **Paris,** 1. April. Der heutige Moniteur bringt zwei Dekrete, die auch Deutschland interessiren. 1) Ueber Einführung des Freiwilligendienstes im Heere. 2) Aenderung des bisherigen Steuersystems auf spirituöse Getränke, Bier, Wein rc. rc. Vom 15. April an wird die ominöse Haus- und Keller-Visitation der Getränkewirthe wegfallen, aber die Entdeckung von Unterschleifen nicht minder emsig betrieben werden. Jeder Unterschleif wird laut Art. 6 dem Diebstahl gleichgeachtet und gestraft. — Die Proklamation rücksichtlich des Freiwilligen-Militärdienstes lautet wörtlich: „Französische Republik. Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft. Im Namen des französischen Volks. Bürger! Die Februarrevolution hat unser schönes Vaterland befreit. Das republikanische Frankreich hat nichts zu fürchten; aber es muß sich für alle möglichen Fälle der Zukunft vorsehen, es muß darüber wachen, daß die Fahne, die Frankreichs Volk erhoben, gegen jeden Angriff geschützt bleibe. Die Nationalgarde und die Armee, in gleichem Gefühle verbunden, haben diese edele Aufgabe zu erfüllen. Die provisorische Regierung will demnach, daß sich die Reihen der Armee der feurigen Jugend öffnen, die sich zu ihr in erhabenem Aufschwung des Patriotismus hingezogen fühlen und befreit hiermit die freiwillig Eintretenden von den Hemmnissen einer zu langen Dauer des effektiven Militärdienstes. Sie verordnet: 1) Jeder Franzose ist ermächtigt, in der von ihm selbst zu wählenden Truppengattung ein freiwilliges Engagement einzugehen, dessen Dauer jedoch nur zwei Jahre betragen darf. 2) Während dieser Dienstzeit dürfen die Freiwilligen ohne ihre ausdrückliche Einwilligung nicht auf Urlaub geschickt werden. 3) Der Kriegsminister ist mit Ausführung gegenwärtigen Dekrets beauftragt. Paris, 31. März 1848. (Unterschriften.)" — Diese Militärverordnung ist wichtiger als es auf den ersten Augenblick scheint. Die Garde-Mobile untergrub den Kastengeist der Nationalgarde (den Stolz der Mittelklassen). Die Volontaire werden die Armee revolutioniren. — Die Kabinets-Geheimnisse laufen hier auf der Straße. Jeder Tag zieht eine der zahlreichen Episoden des letzten Regiments ans Tageslicht. Hr. Paulin, Rue Richelieu Nr. 60, dem der liberale Buchhandel schon so manche interessante Erscheinung verdankt, sammelt diese Aktenstücke, die meist in den Tuilerien, bei Guizot und Duchatel gefunden wurden und giebt sie unter dem Titel „Revue retrospective," einer Art neu auftauchender Revue des deux mondes heraus. Das so eben erschienene erste Heft enthält: A) die Umtriebe Louis Philipps gegen Ida v. Saint-Elme, bekannt unter dem Namen la Contemporaine. a) Die drei Hauptperioden ihres Lebens: Prostitution, Schriftstellerei, Fälschung — dargestellt von den Agenten Louis Philipps in London. b) Bestechung der Times, um diese falschen Anklagen zu unterstützen u. s. w. u. s. w. B) Geheimgeschichte des Aufstandes vom 12. Mai 1839 unter Barbère rc. rc. (Die meisten Berichte sind vom Polizei-Präfekten Gabriel Delessert an Guizot, Minister des Auswärtigen, gerichtet). Die Gazette des Tribunaux vom 1. April bringt zahlreiche Auszüge. — Die enormen Ereignisse, die uns die englischen, deutschen (besonders die Berliner, Breslauer und Wiener) und italienischen Blätter täglich zuführen, lenken die Blicke der Tagespresse einen Augenblick von den inneren Angelegenheiten zu den äußeren und jedes Organ derselben stellt darüber seine eigenen, großentheils bedeutungslosen Betrachtungen an. Der National, dessen Stimme am meisten Gewicht hat, zweifelt nicht, daß, wenn auch die Völker Europas (namentlich Deutschlands) vorläufig ihre Nationalität und Sprache behielten, sie alsbald doch nur eine einzige große Familie bilden würden (constitueront la grande démocratie européenne).

(Pariser Börse vom 1. April.) Dieselbe Ungewißheit über die Kaufbedingungen des Staats rücksichtlich der Eisenbahnen hielt auch heute unsere Geschäftswelt noch in Spannung und die Preise niedrig. 3proc. 39½. 5proc. 59. (58¾ (pro ultimo) Schatzscheine 44 pCt. Bank 1175. Pariser Stadt-Obligationen 985. Hypoth.-Kasse 120. Vier Kanäle 735. Zink Montagne 2050. Span. 19½. Piemont 700. Römische 52. Belgische 5proc. 51. dito 2½proc. 26. Neapol. 55. — Versailles rechts 105, dito links 100. Orleans 525. Rouen 342½. Avignon 200. Basel 80. Vierzon 220. Bordeaux 388¾. Nord 321¼ baar. 320 Zeit. Lyon 291¼ baar. 290 Zeit. Straßburg (bei dem die Arbeiten rüstig fortschreiten und dessen Eröffnung zum 1. Septbr. bevorsteht) 338¼. Nantes 330.

Köln, 3. April. (Tel. Dep.) Am 7ten wollen Anführer der deutschen Demokratie in Straßburg sein, diese selbst rücken am 4ten und 5ten von Paris aus. Jedes französische Infanterie-Regiment wird um drei Kompagnien und jedes Kavallerie-Regiment um 1 Eskadron verstärkt. Das Hauptquartier der drei Lager zu Lyon, Dijon und Grenoble wird in Lyon sein. Freiwillige werden auf 2 Jahre angenommen. (Allg. Pr. Z.)

Belgien.

Brüssel, 1. April. In der gestrigen Sitzung der Repräsentantenkammer wurde eine Bittschrift von mehreren Brüsseler Einwohnern vorgelesen, in welcher auf allgemeines Stimmrecht angetragen wurde. In Bezug hierauf bemerkte der Minister des Innern, daß die Regierung die bestehende Verfassung gut finde und keine Umänderungen an derselben anbringen zu müssen glaube. Herr Castiau hob die Nothwendigkeit hervor, das allgemeine Stimmrecht nicht zu gewähren, die Frage aber zu prüfen. Herr Lebeau suchte den Beweis zu führen, daß es gefährlich sein würde, die Constitution in einem Augenblicke umzuwandeln, wo eine äußere Verschwörung und eine gewisse Bewegung im Innern es auf eine Veränderung der Einrichtungen des Landes abgesehen zu haben schienen. — Im Senat antwortete der Minister des Auswärtigen auf eine Interpellation in Betreff der Vorfälle an der französischen Grenze, daß der französischen Regierung Vorstellungen gemacht worden wären, auf welche erwiedert wurde, daß dieselbe jenen lächerlichen Versuchen vollkommen fremd sei und Belgien das Recht zuerkenne, sie mit Gewalt abzuwehren. Herr D'Hoffschmidt sagte, daß die Erklärungen des Herrn Lamartine ihm Vertrauen zu verdienen schienen.

Schweiz.

Freiburg, 29. März. Der gr. Rath beschloß heute mit großer Mehrheit die Einziehung aller Klostergüter. Es wurde ferner beschlossen, die drei Männerklöster Part-Dieu, Altenryf und das der Augustiner in der Stadt Freiburg unverzüglich aufzuheben und die drei Kapuzinerklöster, das der Franziskaner, die Frauenklöster zu Stäfis, das der Filles-Dieu zu Romont und die in Freiburg bestehenden Frauenklöster der Ursulinerinnen, der Visitandinerinnen, Magerau und Bisenberg aussterben zu lassen (durch das Verbot der Novizenaufnahme).

Lokales und Provinzielles.

** **Breslauer Communal-Angelegenheiten.**

Breslau, 5. April. (Wahl eines Oberbürgermeisters.) In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten, welche eine geheime war, legte der Vorsteher Gräff der Versammlung ein Schreiben des früheren Ober-Bürgermeisters und jetzigen Ober-Präsidenten Pinder vor, welches lautet:

Hochgeehrte Herren!

Des Königs Majestät hat mich zum Ober-Präsidenten der Provinz ernannt. Je schwerer die Aufgabe ist, desto mehr habe ich mich verpflichtet gefühlt, diesem Rufe zu folgen. Das Vertrauen der Stadt Breslau ist die Stütze, auf welcher meine Hoffnung beruht, das Vertrauen der ganzen Provinz zu erwerben. Ich bitte die hochgeehrte Versammlung der Herren Stadtverordneten und durch Sie alle meine theuren Mitbürger, dieses Vertrauen mir zu erhalten und die Ueberzeugung zu bewahren, daß es in allen Verhältnissen mein Stolz sein wird, mich als treuer Bürger unserer Stadt zu bezeigen.

Pinder.

Der Vorsteher erklärte, daß der Umstand, die Berufung des Oberbürgermeisters zu dem wichtigen Posten eines Ober-Präsidenten, die Nothwendigkeit herbeiführe, über die Wiederbesetzung der Stelle des Ober-Bürgermeisters einen Beschluß zu fassen. Vorher jedoch habe er, so ungern er von seiner Person spreche, eine persönliche Bemerkung zu machen, die ein Artikel von Berlin aus geschrieben, veranlasse. Seine Betheiligung gehe nur so weit, daß er dem Grafen York selbst vorgeschlagen habe, den Posten niederzulegen. Vorher habe er mit dem Ober-Bürgermeister darüber gesprochen, daß Schlesien so schnell als möglich einen Ober-Präsidenten erhalten müsse, und daß er (Pinder) dazu berufen scheine, da er sich eines allgemeinen Vertrauens erfreue. Mit Yorks Bewilligung habe er in Berlin beim Ministerium dessen Abberufung beantragt und Pinder habe zwar mit Widerstreben, jedoch einsehend, daß es Zeiten giebt, wo man mit Aufopferung von Zeit, Ruhe und Gesundheit sich dem allgemeinen Besten hingeben müsse, diese Stelle angenommen. — Er selbst (Gräff) sei mit seiner Person in Betreff der Stelle eines Ober-Bürgermeister durchaus nicht betheiligt, und würde, wenn man ihn auch zu diesem Posten vorschlagen wolle, einen solchen Vorschlag unbedingt ablehnen müssen. Was sonst die Wahl eines Oberbürgermeisters betrifft, so habe er dem Minister des Innern vorgestellt, daß es nicht möglich sei, jetzt drei Kandidaten, wie es Vorschrift, vorzuschlagen und daß der König deshalb auf die Auswahl in dieser bedrängten Zeit verzichten möge. Hierauf habe er keine Antwort bis jetzt erhalten. Es sei jetzt die Frage: ob die Wahl zu beschleunigen und rasch vorzunehmen sei? er halte dies jetzt nicht für nothwendig, da Breslau beruhigt, die Ordnung aufrecht erhalten sei und das Ministerium sich zu befestigen scheine. Protokollführer Regenbrecht und Linderer traten dieser Ansicht sogleich bei. Der Vorschlag Einiger, daß der Ober-Präsident zugleich vorläufig die Ober-Bürgermeisterstelle behalten möge, fand natürlich aus den einfachsten Gründen keine Zustimmung. Die Wahl wird also später erfolgen und der Bürgermeister das Interimisticum übernehmen. Das künftige Gehalt des Ober-Bürgermeisters wurde auf die frühere Summe von 3000 Rthl. normirt.

Daß am nächsten Sonntag sich die städtischen Behörden und die bewaffnete Einwohnerschaft in öffentlichen Aufzügen zu dem Oberpräsidenten begeben werde, um ihm den Dank und die alte Liebe und das Vertrauen zu bezeigen, haben wir schon gestern mitgetheilt.

(Munition.) Auf die Anfrage, ob die Stadt für unvorhergesehene Fälle mit Munition versehen sei, gab der Protokolführer Regenbrecht die Erwiederung, daß der kommandirende General erklärt habe, daß, sobald neue Munition angelangt sein werde, da alle vorhandene in die Festungen gebracht sei, die Stadt unbedenklich den Schießbedarf erhalten könne.

(Antrag.) Der Stadtverordnete Linderer stellte folgenden Antrag: die auf Kämmereikosten gestifteten sogenannten silbernen Sonntagslöffel werden bis jetzt jeden Sonntag am Schießwerder auf langem Stande mit den schweren sogenannten Standbüchsen unter Auflage der Büchsen ausgeschossen. Die Bewaffneten, die sich jetzt im Schießen üben müssen, dürften vorzugsweise zu berücksichtigen seien, er beantrage deshalb, daß die Löffel auf halbem Schießstande (150 Schritt) und freihändig, mit Weglassung des bei den Standbüchsen üblichen Guckers, ausgeschossen werden. Der Stadtverordnete Brunschwitz wünschte, daß auch Schutzverwandte Theil nehmen dürfen. Linderer erklärte, auf Anfrage des Vorstehers, daß er das Recht der ganzen bewaffneten Einwohnerschaft vindicirt wissen wolle und er auch den Antrag nur in diesem Sinne gestellt habe. Die Versammlung gab ihre Zustimmung.

△ **Breslau,** 5. April. Gestern Abend fand wiederum in dem Saale „zum russischen Kaiser" eine Volksversammlung statt, in der 3 Gegenstände zur Berathung und zum Beschluß kamen. 1) Vorlesung des Protestes, welchen die vorgestern ernannte Commission gegen den dem vereinigten Landtage vorgelegten Entwurf des neuen Wahlgesetzes im Namen der Versammlung aufgesetzt hat. 2) Preteſterhebung gegen die von den hiesigen städtischen Behörden gebildete Arbeiter-Commission,

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 82 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 6. April 1848.

wie sie jetzt besteht, und Beschließung, eine neue Arbeiterkommission, dem allgemeinen Interesse entsprechende, zu creiren. 3) Vorschlag zur Gründung eines Arbeitervereines. Vorsitzender: Herr Asch; sein Assistent: Herr Semrau. Der Vorsitzende las zuerst den ad 1 erwähnten Protest vor, der gehörig motivirt war; die Versammlung erklärte sich mit ihm vollkommen einverstanden. Auf die Frage, an wen dieser Protest zu adressiren wäre, wurde allgemein beschlossen, ihn dem Könige zu schicken. Der König wäre bis jetzt noch die einzige legale Behörde, das Ministerium wäre noch nicht verantwortlich, wenigstens existire jetzt noch kein Forum, vor dem es sich zu verantworten hätte, und der vereinigte Landtag wäre eine Versammlung, deren Legitimität und Competenz in der Entscheidung über Staatsangelegenheiten fast allgemein mit schlagenden Gründen bestritten worden ist. — Hierauf kam die Frage ad 2 zur Berathung, die, wie der Leser aus meinem gestrigen Berichte entnommen, bereits in der Versammlung am Sonntag Abend in der „Stadt Freiburg" vorberathen worden war. Sämmtliche Redner stimmten darin überein, daß die Arbeiterkommission, wie sie jetzt in Breslau bestehe, durchaus nicht das Vertrauen haben könne, daß sie energisch eine Reform der hiesigen Arbeiterverhältnisse betreiben werde, weil einerseits fast nur Männer aus der Klasse der Arbeitgeber in derselben sich befänden, und der einzige ihr beigegebene Arbeiter Pelz, obschon er das Vertrauen des Arbeiterstandes, wie Nees v. Esenbeck, in hohem Grade besitze, doch nicht im Stande sein könnte, das Interesse sämmtlicher Gewerke zu kennen und wahrzunehmen. Pelz und Nees v. Esenbeck traten selbst diesem Bedenken bei, und erklärten, dem Proteste, den sie bereits in der gestern abgehaltenen Sitzung der Arbeiterkommission ausgesprochen, beizutreten. Nach längeren Debatten, in denen unter anderen ein Tagearbeiter das Recht für seine Arbeitsgenossen beanspruchte, daß sie ebenso, wie die Gesellen, Lohnschreiber, Fabrik- und Eisenbahnarbeiter, in der Arbeiterkommission vertreten werden müßten, was ihm auch von der Versammlung sofort zuerkannt wurde, wurde endlich der Antrag einstimmig angenommen: „Jedes Gewerk hat in die neu zu creirende Commission 2 Vertreter zu wählen; ist aber die Zahl der Genossen eines Gewerkes größer als 400, so soll jedes 200 darüber noch einen Vertreter wählen. Die Meister haben das Recht, daß auch ihrerseits jedes Gewerk in derselben Stärke, als die Vertreter des Gesellenstandes, in der Commission vertreten werde; die Wahl der Vertreter der Meister findet unter den Meistern allein, unabhängig von der der Gesellen statt." Die Versammlung trug alsdann den anwesenden Mitgliedern der einzelnen Gewerke auf, ihren Altgesellen den Beschluß der Versammlung mitzutheilen, und diese aufzufordern, daß die Wahl der Vertreter in der angegebenen Weise bis spätestens Montags entschieden ist. Ebenso ist den Altgesellen aufzutragen, die Meister ihrer Gewerke von dem Beschlusse der Versammlung in Kenntniß zu setzen. — Bei der Debatte über den dritten Berathungsgegenstand präsidirte May. In einer, diesmal kräftigen, von unnützen Phrasen freien Rede wies er nach, wie unerläßlich jetzt die Gründung eines Arbeiter-, nicht blos Handwerkervereines sei. Ein solcher hätte 3 Zwecke im Auge zu behalten, die Bildung, Unterhaltung und das Vergnügen der Mitglieder. Der Beitrag soll ein freiwilliger sein, wer nichts geben könne, der ist nicht gehalten, etwas zu geben. Die Statuten eines derartigen Vereines müßten bis zum nächsten Montage von einem Comité entworfen sein. Gewählt wurden in dasselbe: Nees v. Esenbeck, Elsner, Stücker, Mai, Pelz, Asch und Semrau. Die Versammlung wurde hierauf geschlossen.

△ **Breslau,** 5. April. Nach unserer gestrigen Mittheilung über die Stimmung der hiesigen Landwehrmänner war vorauszusehen, daß der gestrige Tag, an dem sie zusammenberufen und eingekleidet wurden, irgend eine Aeußerung dieser Stimmung mit sich bringen würde. Wir sind hierüber ziemlich genau unterrichtet worden, und können, da es einmal Thatsache ist, dies nicht mit Stillschweigen übergehen. Das ganze einberufene Bataillon (vorläufig 600 Mann stark), Unteroffiziere und Gemeine zusammen, hielt gestern während der Einkleidung vor dem Landwehrzeughause gleichsam eine Berathung sowohl über das, was sie als Landwehrmänner gegenwärtig zu thun hätten, als überhaupt über die politischen und socialen Tagesfragen. Das Bataillon beschloß unter sich, Breslau nicht zu verlassen, ausgenommen, es gälte die Ostgrenze zu schützen. Es könnte überhaupt ein gewisses Mißtrauen nicht verhehlen, das durch seine Einberufung sowohl, als durch die Art und Weise, wie die bereits einberufene Landwehr verwendet werde, gegen die Anordnungen der Staatsregierung in ihm rege geworden ist. Auf die Frage, ob eine solche entschiedene Opposition von Seiten der Wehrmänner nicht eine Verletzung des dem Könige geleisteten Eides der Treue wäre, wurde fast allgemein mit „nein" geantwortet. Denn, hieß es, der König hätte die feste Zusage gemacht, daß das Militär auf die Verfassung vereidet werden solle, er hätte somit auf den ihm früher geleisteten Eid der Treue resignirt, und folglich das Militär von dem Eide entbunden. Freilich wäre das Militär gegenwärtig in einer eigenthümlichen Lage, es wäre von dem früheren Eide entbunden, und hätte den neuen auf die Verfassung noch nicht geleistet; doch dürfte es keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß es jetzt, in diesem provisorischen Zustande nur die Sache des Volkes im Auge haben müßte. Ihr jetziger Widerstand wäre somit gerechtfertigt, denn sie hätten nur zu guten Grund zu der Befürchtung, daß man durch ihre Entfernung von dem Wohnorte etwas der Volkssache Nachtheiliges beabsichtige; sie müßten daher die Treue gegen diese keinen Augenblick außer Acht lassen. Ein Wehrmann trat in Folge dessen vor den Major und fragte ihn, wohin die Landwehr bestimmt wäre. Auf die Antwort des Majors, daß er es selbst nicht wisse, erklärte er im Namen seiner Kameraden, daß sie so lange in Breslau bleiben würden, bis ihnen die Nothwendigkeit ihres Ausmarsches dargelegt sein wird.

---

* **Breslau,** 5. April. Wir erhalten die Mittheilung, daß sich bei den Dorfbewohnern, welche an den auf den Gütern des Grafen von Saurma-Jeltsch stattgefundenen Plünderungen und Verwüstungrn Theil genommen, bereits die Reue eingestellt hat. Die geraubten Sachen — darunter auch große Silbermassen, werden dem Besitzer theilweise wieder zurückgeliefert. Vier der Plünderer, darunter ein 72jähriger Greis, haben sich selbst entleibt. Ein Fünfter ist erschlagen gefunden worden.

Schlesische Landbewohner!

Erschütternde große Ereignisse, die Ihnen Allen bekannt sind, haben sich in ganz Deutschland, in unserem geliebten Vaterlande zugetragen. Der Neubau einer constitutionellen Verfassung auf den breitesten Grundlagen ist von Seiner Majestät dem Könige am gestrigen Tage damit begonnen worden, daß durch die verantwortlichen Minister, Männer, werth des allgemeinen Vertrauens, dem vereinigten Landtage ein Wahlgesetz vorgelegt ward, in welchem wir den Keim einer freien harmonischen und volksthümlichen Staats-Entwickelung begrüßen.

Nach diesem Wahlgesetz werden Sie Alle von dem Einlieger an bis zum Standesherrn, ohne Unterschied der Geburt, des Standes und des Besitzes, die zu Vertretern wählen, von denen Sie glauben, daß sie Ihre Bedürfnisse kennen und die Kraft und den Willen in sich tragen, auf Abhülfe der Bedürfnisse zu dringen. Die von Ihnen Gewählten werden in kurzer Zeit zusammentreten und Hand in Hand mit dem Ministerium das Verfassungsgebäude aufführen, dessen Eckstein der Grundsatz sein wird:

Gleiche Rechte, gleiche Lasten!

Dieser Grundsatz wird, was Ihre Lage anlangt, seine Ausführung finden:

1) in sofortiger Aufhebung aller Dominial-Abgaben, als: Laudemien, Mark- und Zinsgroschen u. s. w., vorbehaltlich nachträglicher Ermittelungen einer billigen Entschädigung in Fällen, wo solche das Recht begründet, jedoch ohne Nachschußrente;
2) in Aufhebung aller Jagddienste;
3) in Aufhebung des Jagdrechtes;
4) in Aufhebung des sogenannten Schutzgeldes;
5) in der baldigen Vorlage einer zeitgemäßen Dorf-Ordnung, analog der Städteordnung von 1808;
6) in der baldigen Vorlage eines Gesetzes über gleichmäßige Vertretung aller Volksklassen auf Provinzial-Land- und Kreis-Tagen, so wie unbedingte Oeffentlichkeit derselben;
7) in der baldigen Vorlage einer Proposition über die Regulirung der Grundsteuer;
8) in Vorlage einer Proposition betreffend Landrentenbanken und Kreditinstitute;
9) in Aufhebung des Gesetzes, wonach die Landräthe nur durch und aus den Rittergutsbesitzern gewählt werden;
10) in Aufhebung der Mahl-, Klassen- und Schlacht-Steuer, und Ersetzung derselben durch eine Einkommensteuer. (So lange die Klassensteuer noch besteht, soll die Regierung verpflichtet sein, auf die Gutachten der kreisständischen Kommission zu achten und Erhöhungen einseitig nicht vorzunehmen.)

Ein heilsamer und beglückender Ausgang steht dem begonnenen Werke aber nur dann bevor, wenn wir Alle, die wir den Segen freier Institutionen genießen wollen, uns dazu brüdelich die Hand reichen, uns der politischen Freiheit würdig zu zeigen, das heißt, so lange das neue Haus noch nicht fertig, das alte nicht umstürzen, das uns sonst unter seinen Trümmern begraben würde: denn, geehrte Freunde und Landsleute, die Ordnung ist unter jeder Staatsform die Mutter der Freiheit, und Rohheit und Gewaltthat stets und überall ihre ärgsten Feinde!

Mit tiefem Schmerze haben wir daher vernommen, daß Einzelne unserer Mitbürger unter der neu errungenen politischen Freiheit eine die Menschheit entehrende, alle Bande des Rechts und der Vernunft auflösende Zügellosigkeit verstanden und diesem Wahne folgend verbrecherische und brutale Handlungen begangen haben, die von dem Wege zum Volksglück ab, und zur Anarchie, d. h. Aufhebung jeder rechtlichen Ordnung, hinführen müssen. Wir sind jedoch der Ueberzeugung, daß nur durch bedauerliche Mißverständnisse und die unbesonnene Aufregung des Augenblicks ein solches unsinniges Beginnen hervorgerufen wurde und setzen in unsere braven Landsleute das feste Vertrauen, daß diejenigen, die nie in der Achtung vor dem Gesetz gewankt, auch fort und fort ihre politische Reife durch die strengste Aufrechterhaltung der Ordnung bekunden, daß die dagegen, welche sich durch unselige Mißverständnisse zu Ungesetzlichkeiten hinreißen ließen, das Geschehene dadurch wieder gut zu machen streben werden, daß sie mit der größten Ruhe die gesetzliche Entwickelung abwarten, und selbst jeder neuen Unordnung mit aller Kraft sich entgegensetzen.

Dieses Vertrauen, mit dem wir stolz und freudig auf Sie als unsere Mitbürger blicken, ist es allein, das uns fern von Ihnen mit Energie Ihre Rechte vertreten läßt, und dieses Vertrauen ist es, in welchem wir ruhig von Ihnen Abschied nehmen, indem wir es Ihnen nochmals an das Herz legen, daß

„Freiheit nur in der rechtlichen Ordnung"

möglich ist.

Berlin, den 3. April 1848.

Allnoch. Benneck. Krause.

Das Stück Nr. 40 des Rybniker Kreisblattes enthält folgende Bekanntmachung vom 28. März 1848:

„Aus allen Klassen der Kreisbevölkerung sind an mich so unzweideutige Aeußerungen über den allgemein herrschenden Wunsch meiner Kreisgenossen gelangt, mich während unserer vielbewegten Zeit in ihrer Mitte zu behalten, daß ich es für meine allernächste Pflicht erachte, die Kräfte, welche mir bisher Gott noch geschenkt, so lange der Förderung und Erhaltung des Wohles und der Ordnung im Kreise Rybnik zu widmen, als ich solches vermag. — In den am 2. April von Sr. Majestät dem Könige versammelten vereinigten Landtag einberufen, habe ich um meine Vertretung durch den betreffenden Stellvertreter gebeten und bleibe, ich wiederhole es, weil es der Wunsch meiner Kreisgenossen ist, in ihrer Mitte, in der Hoffnung, mit ihrer Hülfe und der Hülfe aller Wohlgesinnten die bisherige Ruhe und Ordnung noch ferner aufrecht erhalten zu sehen.

Der königl. Landrath Durant."

---

* **Liegnitz,** 5. April. Es war in der letzten Versammlung der technischen Gesellschaft vielseitig der Wunsch geäußert worden, daß Jemand sich dazu hergeben möge, über eine Menge kursirender Ausdrücke der Neuzeit eine leicht verständliche Definition zu geben. Professor Meyer hatte dies keineswegs leichte Geschäft übernommen und gab gestern eine Erklärung über die Begriffe: „Recht, absolute Monarchie, beschränkte Monarchie, Aristokratie und Demokratie." Die sehr zahlreiche Versammlung verfolgte den Sprecher in seinen Ideen und Erläuterungen mit großer Aufmerksamkeit. Die Mittheilung der russischen Manifestation vom 26. März (neuen Styls) wurde herzlich belacht. Künftigen Freitag wird Professor Meyer seinen Vortrag auf allgemeinen Wunsch fortsetzen. — Unsere Garnison macht immer noch Ausflüge nach verschiedenen Richtungen, besonders nach dem Gebirge hin. Daraus geht hervor, daß die Bauern immer noch nicht vollständig zur Besonnenheit zurückgekehrt sind. Gestern marschirte das Schweidnitzer Landwehr-Bataillon hier durch nach Glogau. Ein großer Theil der Mannschaft sah wegen angestrengten Marsches sehr erschöpft aus. Es hatten für Viele bereits Wagen requirirt werden müssen.

(Oppeln.) Dem Dechanten Stolarz ist die provisorische Verwaltung des fürstbischöflichen Commissariats Katscher, Leobschützer Kreises, und dem Kreis-Vikar Suchan die Administration der Parochie Himmelwitz, Groß-Strehlitzer Kreises, übertragen; der Pfarr-Administrator Porschke zu Proskau, ist zum Pfarrer in Przychod, Neustädter Krei-

ses, und der Vikar Jackisch in Ober-Glogau, zum Pfarrer in Groß-Gorzitz, Ratiborer Kreises, ernannt worden; der Bürgermeister Memler zu Neustadt wurde Mitglied der Kreis-Ersatz-Kommission des Neustädter Kreises; der Gerbermeister Karl Schönfelder zu Falkenberg, und der Kaufmann Stadtältester Skutsch zu Pleß, sind zu unbesoldeten Rathmännern auf 6 Jahr erwählt und bestätiget worden. — Der evangelische Predigt-Amts-Candidat Rudloff hierselbst, hat die Erlaubniß zur Errichtung einer Vorbereitungs-Schule für das Gymnasium erhalten, und der invalide Feldwebel Büttner ist als Pförtner und Knaben-Aufseher bei der v. Grottowskyschen Erziehungs-Anstalt in Lublinitz versorgt worden. — Die nachbenannten katholischen Schul-Adjuvanten erhielten Lehrerstellen: K. Schmehl die Schullehrerstelle zu Hratschein, Leobschützer Kreises, Ed. Besser zu Dürrkunzendorf, Neisser Kreises; Ch. Sickora zu Odersch, Ratiborer Kreises; Joh. Scholl die 4te Lehrerstelle an der Elementarschule zu Leobschütz; K. Quander zu Seiffersdorf, Grottkauer Kreises. — Verstorben sind: der Bürgermeister Preuß in Rybnik, der Pastor Bartelmus zu Pleß, der kathol. Pfarrer Wodack zu Schönwald, Tost-Gleiwitzer Kreises.

Bekanntmachung.

Bereits unterm 21. März d. J. haben wir zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß von uns zur Unterstützung der ausübenden Polizeibeamten in Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze des Eigenthums 60 Constabler vereidet und angestellt worden sind, und daran die Aufforderung geknüpft, diesen die gebührende Folge zu leisten. Gleichwohl ist in einzelnen Fällen den Aufforderungen der Constabler nicht nur nicht Folge gegeben, sondern mit Wiedersetzlichkeit begegnet worden. Wir müssen daher hierdurch darauf hinweisen, daß die Constabler als Abgeordnete der Obrigkeit anzusehen sind, und daß alle Diejenigen, welche sich gegen dieselben bei Ausübung des Amtes vergehen sollten, die in den §§ 166 und 209 Tit. 20 Th. II. A. L. R. angedrohten Strafen treffen würden.

Breslau, den 4. April 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Versammlung der Stadtverordneten
am 6. April

Verzeichniß der wichtigeren, zum Vortrag kommenden Gegenstände.

1. Vorschläge und Anträge zur Einrichtung der Ufer-zoll-Hebestätten.
2. Festsetzung der auszuschreibenden Brandgelder.
3. Regulirung der Paradiesgasse.
4. Etat für die Verwaltung der Elementar-Unterrichts-Angelegenheiten.
5. Etat für die Verwaltung der Kämmerei-Güter und Forsten.
6. Feuer-Societäts-Statut.
7. Stol-Taxe.

Gräff, Vorsteher.

Inserate.*)

Posener Zustände.

Ohne weiter die Ursachen untersuchen zu wollen, die einen „Bewohner des Großherzogthum Posen" veranlassen, in Nr. 80 dieser Zeitung 1. Beilage im Widerspruche mit mir, die Zustände als anarchisch in fast allen Kreisen zu bezeichnen und zu behaupten, daß „der größte Theil der polnischen Edelleute mit ihren Familien ihre Landsitze verlassen habe, und in den Städten herumziehe" u. s. w., führe ich zur Aufrechthaltung meiner in Nr. 76 gegebenen Versicherung nur an, daß ich, auch ein Bewohoer des Großherzogthums, meine Familie sorglos auf den Landsitzen der Verwandten verlassen, heute die beruhigendsten Nachrichten von derselben erhalten habe und morgen im festen Vertrauen auf den ehrenfesten Charakter der Polen, zu ihr und auf mein Gut bei Posen zurückkehren werde; daß auch keiner unserer vielen Verwandten und Bekannten, selbst einzelne Damen, in verschiedenen Kreisen wohnhaft, weder ihre Landgüter verlassen haben, noch in den Städten herumziehen. — Es ist aber sowohl unpatriotisch als unpolitisch, wenn man jetzt Zwietracht und Mißtrauen unter beide Nationen auszustreuen strebt, indem man andern nicht gönnen will, was man für sich selbst so hoch hält: das Vaterland und die Freiheit. Sind auch bei Kempen an einigen Orten Excesse begangen worden, so stehen sie doch an Wildheit und Ausdehnung denen in Schlesien und im südwestlichen Deutschland begangenen bei weitem nach, und sind nicht polnischen Einflüssen zuzuschreiben. Mag aber Büreaukratismus, Russomanie, oder auch falsch verstandener Eifer für die deutsche Herrschaft in einer polnischen Provinz alle mögliche Mittel anwenden, wir leben jetzt in einer Zeit der Gerechtigkeit, wo Keinem länger das Seinige vorenthalten werden kann.

Als Entgegnung der Bemerkung des entflohenen Schrodaer Commissarius führe ich lediglich meinen Gewährsmann an. Es ist dies ein anerkannt ehrenwerthes Mitglied des Kreiscomités zu Szroda, welches keiner Verläumdung fähig ist. Breslau, den 5. April.

W. Richthoffen.

*) Die unter der Rubrik „Inserate" befindlichen Aufsätze haben zu mehrfachen Mißverständnissen Veranlassung gegeben. Um diese ein für alle Mal zu beheben, bringen wir in Erinnerung, daß für alle diejenigen Aufsätze und Anzeigen, welche unter dieser Rubrik stehen, die Redaktion keinerlei Verantwortlichkeit übernimmt. Wir halten uns aber schon im Interesse der freien Meinungsäußerung für verpflichtet, auch Aufsätze politischen Inhaltes, welche aus einem von dem unsrigen abweichenden Standpunkte hervorgegangen sind, gegen Bezahlung der Insertionskosten wenigstens auf so lange in unsere Zeitung aufzunehmen, bis die gegentheiligen Ansichten durch ein eigenes Organ vertreten sind, wogegen in der eigentlichen, von der Redaktion vertretenen Zeitung in Zukunft nur solche Artikel Aufnahme finden können, welche mit unserer offen ausgesprochenen Tendenz nicht im Widerspruche stehen. Red.

Aus der Provinz Posen, 3. April. Ein Referent richtet in Nr. 78 dieser Zeitung (im Artikel: § Breslau, den 31. März) an die deutschen Einwohner der Provinz Posen die Worte: „Ihr wollt nicht nicht unter polnischer Herrschaft leben, aber überlegt wohl, ob ihr in Posen fortan unter preußischem Zepter leben könnt." Er will diese Frage offenbar mit „Nein" beantwortet haben, und sucht eine solche Antwort durch einige andere Fragen zu motiviren, die beweisen sollen, daß der polnische Bauernstand, also der überwiegende Theil der polnischen Bevölkerung der Provinz, mit der Wiederherstellung eines Polenreiches durchaus einverstanden sei. Es geht hieraus hervor, daß der erwähnte Referent die hiesigen Zustände nicht kennt, weder aus eigener Anschauung, noch aus Berichten aufrichtiger Augenzeugen. In Rücksicht darauf, daß es eines jeden Menschen Pflicht ist, zur Sichtung der Wahrheit von Irrthum und Lüge, so viel als möglich beizutragen, und bedenkend, daß Wahrheit jetzt vor allen Dingen Noth thut, daß sie, selbst wenn es schmerzlich ist, doch an's Licht hervorgezogen werden muß, will ich — ohne mich auf eine kritische Beleuchtung der Polenfrage selbst einzulassen, da wohl jeder Vernünftige hiermit schon bei sich abgeschlossen hat, — hier nur in der Kürze zu zeigen suchen, welche Elemente die Wiederherstellung eines Polenreiches im polnischen Bauernstande der Provinz Posen für sich hat. Nebenbei bemerke ich nur noch, daß ich die Zustände nicht, wie so mancher Referent, nur in der Perspektive, sondern täglich ganz in der Nähe sehe, da ich seit geraumer Zeit in einer ganz polnischen Gegend mich aufhalte. Der polnische Bauernstand in unserer Provinz ist einer Wiedergeburt Polens größtentheils abhold, oder wenigstens für einen solchen Gedanken ganz indifferent, und nur bei weitem der kleinste Theil, meist durch Versprechungen gewonnen, hat Sinn dafür. Das jetzt lebende Geschlecht hat von seinen Vorfahren gehört, und hört es täglich von den wenigen noch lebenden Bauern aus der alten polnischen Zeit, welche sklavische Behandlung, welchen Druck sie von ihren damaligen Gutsherren zu ertragen hatten; andererseits aber erkennt der bäuerliche Wirth sehr wohl die Wohlthat, die ihm von Seiten der preußischen Regierung durch die Ablösung geworden ist. Wenn von einer Wiederherstellung Polens die Rede ist, so denkt der hiesige Bauer nur an eine Rückkehr der frühern für ihn so unglücklichen Zustände, ja er fürchtet diese Rückkehr sogar so sehr, daß, wie einzelne Aeußerungen, die hin und wieder laut werden, schließen lassen, es nur einer leisen Anregung von einigen schurkischen Buben bedürfte, um hier so schaudererregende Scenen hervorzurufen, wie sie uns Galizien in Menge vorgeführt hat. — Als Gegenbeweis für meine Behauptung könnte man vielleicht anführen wollen, daß das National-Comité und seine Bevollmächtigten ja doch fast überall anerkannt worden sind. Hiervon liegt jedoch der einzige Grund darin, daß diese sich an vielen Orten mit großer Dreistigkeit, bisweilen auch wohl ohne vom National-Comité damit beauftragt zu sein, als neu eingesetzte Obrigkeit gerirten, die preußischen Behörden in der Provinz aber, denen es am meisten zustand, dagegen einzuschreiten, fast alle wie gelähmt erschienen. Die Bevölkerung mit ihrer heiligen Scheu vor der Weisheit der Behörden, ließ meistens geschehen, was diese geschehen ließen. So weit und nicht weiter ging die Anerkennung des National-Comité's an den meisten Orten. — Die vielen Tausende von Sensen-Männern, die aufgestellt worden sind, und die meist aus dem Bauernstande hervorgegangen sind, könnten vielleicht als zweiter Gegenbeweis für meine obige Behauptung dienen sollen. Man betrachte indeß die Bestandtheile dieser bewaffneten Macht näher und man wird finden, daß nur sehr wenige dieser Leute dem eigentlichen Kern des Bauernstandes, den bäuerlichen Wirthen, angehören. Ihre größte Zahl besteht aus herrschaftlichen Dienstknechten, Komorniks, Bedienten aller Art, Waldläufern, Tagelöhnern, verarmten und dem Trunke ergebenen Bürgern kleiner Städte ꝛc., meistens Personen, welche entweder von ihren Herren abhängig sind, oder die, wie mir mehrere Beispiele bekannt sind, nur um das Handgeld zu erlangen und später wieder fortzulaufen, sich anwerben ließen. Von der heiligen Begeisterung: für die Freiheit des Vaterlandes zu kämpfen und zu sterben, dürfte nur sehr wenig bei ihnen zu finden sein. Hingegen empfangen viele und — wohl gemerkt! — polnische Landleute ihren Aufruf zum Eintritt in die Landwehr mit Freude, weil sie, laut ihren Aeußerungen, dann der Furcht überhoben wären, mit Gewalt (wie dies vorgekommen ist) zum Eintritt in die Sensenmänner-Compagnien gepreßt zu werden. Mit dem 1. April sollte die allgemeine Entwaffnung der Sensenmänner durch das preußische Militär beginnen und schon haben Viele, wie mir durch einen glaubwürdigen Brief aus Posen mitgetheilt wurde, ihre Waffen freiwillig niedergelegt. Im Bromberger Departement hat ein energischer Landrath an der Spitze von Bauern und Bürgern, diese Entwaffnung ohne einen Tropfen Bluts zu vergießen, bereits in seinem Kreise durchgesetzt. Einige andere Kreise sind seinem Beispiel gefolgt.

Die Hoffnungen von dem Nationalgefühl des polnischen Bauernstandes in unserer Provinz sind also wohl etwas zu sanguinischer Art gewesen. F. R. B.

Das erste Lebenszeichen der preußischen Bureaukratie.

Die glorreichen Märztage haben die preuß. Büreaukratie gestürzt; dem großen Tyrannen müssen die kleinen folgen. Von jetzt an gilt nicht mehr der Fürst, der Beamte, es gilt nur der Mensch. Wer Beamter ist, ohne Mensch zu sein, der ist gerichtet und möge abdanken und sich ins Privatleben zurückziehen. Das Pr. Handelsblatt hat die Absetzung des Steuerraths Winkler beantragt und erlangt; wir beantragen die Amtsentsetzung des Kanzleidirektors Schauder, der durch tyrannische Willkür alle seine Untergebenen, wie das mit ihm in Berührung kommende Publikum im Innersten empörte, ja neuerdings einen seiner Mitbeamten mit Erschießen bedrohte, wenn er das Geringste gegen ihn unternehme. Wird man uns Folge leisten, oder wird Herr Schauder selbst so klug sein, bei Zeiten abzudanken?*)

Ein Büreaukrat im Namen Vieler.

*) Dieser liebenswürdige Herr Schauder hat sich nicht entblödet, in Salzbrunn vor mehreren Jahren während der Bade-Saison, den Stadtgerichts-Direktor zu spielen. Daraus kann man schon schließen, wes Geistes Kind dieser Herr ist.

Ueber die Feudal-Berechtigung,
als Nachtrag zu dem Inserat Bresl. Zeitung Nr. 79.
Proposition 15.

Die Regulirung dieser Verbindlichkeiten der Gemeinden gegen die Dominien hat bereits zweimal stattgefunden, einmal unter Friedrich dem Großen durch die Urbarien-Kommissionen, wo die Verpflichteten ihre Verbindlichkeiten gerichtlich anerkannten; zum zweitenmal behufs deren Ablösung durch die k. General-Kommissionen in letzter Zeit, die sie abermals durch gerichtliche Recesse garantirten; und stets haben dieselben in den Hypothekenbüchern als älteste Schuld den ersten Platz vor den später eingegangenen Verschuldungen behauptet. Hierauf gründet sich der landschaftliche Kredit so wie der Staatskredit, welchen das königl. Kredit-Instiut für Pfandbriefe B gebildet hat, und der postlocirten Gläubiger der Rittergüter. Es sind die Berechtigten so wie die belasteten Güter seit jener Zeit aus einer Hand in die andere, namentlich aber durch Dismembrationen und Parzellirungen in sehr mannigfaltige Hände übergegangen und eine nochmalige Regulirung dürfte nicht ausführbar sein, weil sie kein Ende bei Lebzeiten der gegenwärtigen Generation voraussehen ließe, und jedenfalls mehr kosten würde, als im allerglücklichsten Falle für einzelne zu gewinnen sein würde; für den Fall, wenn sie nachgegeben werden könnte; diese ist aber unmöglich, weil sie den Rechtsboden der Gesellschaft untergrübe der dem Volke bei jedem Regierungswechsel geheiligt bleibt und immer bleiben wird, worauf der Volkskredit sich gründet. Die auf dem rustikalen Eigenthum hypoticirten Lasten können daher nur im gesetzlichen Wege abgebürdet werden, und keine Regierung, so freisinnig sie auch immer sein möge, wird sich des Schutzes Aller entbinden können. Jede Usurpation gegen das Recht zieht demnach zwei natürliche Strafen nach sich, einmal, den Prozeß, der einer gewaltsamen Forderung folgen muß, und zum andern die Verantwortlichkeit gegen den Staat, den es durch Aufwiegelung in Gefahr bringt.

Gegen die Vernunft läßt sich nicht streiten ohne zu unterliegen. **Ein Bauernfreund.**

Sollte der deutsche Michel in diesen bedrängten Zeiten etwa verlegen sein um ein ruhiges Plätzchen zur Fortsetzung seines jetzt gewiß unterbrochenen Schlafes, so wird demselben hiermit Goldberg freundlichst in Vorschlag gebracht, woselbst er nebenbei einen Namens- und Geistes-Verwandten zu finden gewiß ist, der ihm ohne Zweifel gern und willig Aufnahme gewähren wird, da er sich die größtmöglichste Mühe giebt, Alles beim Alten zu lassen und nicht einmal dahin gewirkt hat, die unschädlichste aller Neuerungen: „Oeffentlichkeit" in den Verhandlungen der Stadtverordneten einzuführen. Also, lieber guter deutscher Michel, auf nach Goldberg!

Theater-Repertoire.

Donnerstag 6. April: Kunstproduktion des Herrn Amodio Neupert von Astleys Royal-Theater in London. Dazu Stadt und Land oder der Viehhändler aus Ober-Oesterreich, Posse mit Gesang in 3 Aufzügen von Friedrich Kaiser. Musik von Adolph Müller.

Freitag, **zum Benefiz für Herrn Regisseur Rieger**, zum ersten Male: **„Martha“**, oder: **„Der Markt zu Richmont.“** Oper mit Tanz in vier Abtheilungen (theilweise nach einem Plane von St. Georges) von W. Friedrich. Musik von Friedrich v. Flotow. (Nancy, Fräulein Ubrich.)

Entbindungs-Anzeige.

Heute früh um 4 Uhr wurde meine liebe Frau, Bertha, geb. Hübner, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden. Dies zeigt, statt besonderer Meldung, allen Freunden und Bekannten hiermit ergebenst an:

Kuschel.

Schimmelwitz, den 5. April 1848.

Ich wohne jetzt Kupferschmiedestr. Nr. 42, 2 Stiegen hoch.

Dr. Kabierske,
prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

Villa nova

in Altscheitnig.

Sonntag, den 9. April,

Eröffnung des Sommer-Lokals nebst Concert.

Entree à Person 1 Sgr.

Schul-Anzeige.

Daß in meiner Anstalt der neue Lehrkursus den 1. Mai beginnt, erlaube ich mir hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Sophie Preuß,
Vorsteherin einer höhern Töchterschule und Pensionat, Schuhbrücke Nr. 5.

Lokal-Veränderung.

Meinen geehrten Kunden hiermit die ergebene Anzeige, daß ich jetzt Antonienstraße Nr. 4 im goldenen Ringe, par terre, wohne.

S. Erzellitzer,
früher Neue Weltgasse Nr. 36.

Meine Wohnung ist jetzt Kränzelmarkt Nr. 2.

C. Hintze, Graveur.

Pension. Mr. Freymond, maître de langue française, désire se charger de quelques pensionnaires, à des conditions tout à fait exceptionelles. On parle français aux récréations.

S'adresser Schmiedebrücke Nr. 12, 3. ét.

Beachtenswerthes.

Eine erste Hypothek von 4000 Rthlr. auf einem hiesigen Grundstück im Werthe von mindestens 10000 Rtl. ist gegen baldige Erlegung von 2000 Rthlr. sofort zu cediren, während die andern 2000 Rtlr. erst zu Johannis d. J. gezahlt werden dürfen. Auch werden

2000 Rtlr.

zur ersten Hypothek auf ein Grundstück im Werth von 16000 Rthlr. gegen Cession gesucht durch **Müller,** Kupferschmiddestraße 7 in Breslau.

Ein junger Oekonom,

mit den besten Zeugnissen versehen, sucht unter bescheidenen Ansprüchen ein Engagement. Nöthigenfalls könnte er sofort eintreten.

Adressen werden unter G. M. poste restante Breslau erbeten.

Schönes Akten-Makulatur, eine geschmiedete eiserne Geldkasse und eine spanische Wand sind billig zu verkaufen: Hummerei 17, eine Treppe hoch.

Ein junger Mensch wünscht in der Nähe von Breslau, wo möglich auf einem Dominio, die Landwirthschaft zu lernen, und würde nöthigenfalls eine nicht zu hohe Pension zahlen.

Das Nähere ist zu erfragen bei dem Kaufmann **W. Heinrich,**
in Breslau am Ringe Nr. 19.

Angefangene und fertige **Stickereien** sollen in einer in der Bandreihe sich befindlichen Bude zu enorm billigen Preisen verkauft werden.

Ebendaselbst seidene **Plattschnuren,** sowie feine **Lammwolle** in allen Farben à Lth. 1½ Sgr.

Maitrankessenz,

wovon wenige Tropfen hinreichen, eine Flasche schönen frischen Maitrank zu liefern, empfehle ich von heute ab gütiger Beachtnng.

Jauer, den 1. April 1848.

Friedr. Seidel.

Großer Ausverkauf

der besten Gleiwitzer Kochgeschirre, Kaffee-Bretter, Leuchter, Zuckerdosen, Wanduhren, Reisetaschen, Lampen, Gardinenstangenverzierungen, Spucknäpfe rc.

Ring 35, eine Treppe.

Eine gut eingerichtete Brauerei, an der Hauptstraße von Breslau nach Oberschlesien, mit 20 — auch bis 100 Morgen Land, todtem und lebendem Invatarium, ist zu verkaufen. Das Nähere ist unter der portofreien Adresse A. S. poste restante Löwen zu erfragen.

Im Commissionsverlage von **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Vorschläge zur Abhülfe der Noth.

Ein Ruf an meine Mitbürger.

Zum Besten der Armen.

Von J. G. Hofmann.

8. geh. Preis 1½ Sgr.

Oberschlesische Eisenbahn.

Nach § 4 des ersten Nachtrags zu unserem Gesellschafts-Statut werden in diesem Jahre zwanzig Stück Prioritäts-Aktien behufs Amortisation

den 29. April d. J., Nachmittags 4 Uhr,

im Conferenz-Saale auf dem hiesigen Bahnhofe ausgeloost. Die Inhaber der Prioritäts-Aktien der oberschlesischen Eisenbahn werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß denselben der Zutritt zu der Ausloosung, unter Vorzeigung ihrer Aktien, gestattet ist.

Breslau, den 26. März 1848. **Das Direktorium.**

Trebnitz-Zdunyer-Aktien-Chaussee.

Die Aktien für die Nachzahlungen sind ausgefertigt, und werden demnach die Herren Aktionaire ersucht: dieselben gegen Uebergabe der Interimsquittungen und Erstattung der verauslagten Stempelgelder in Empfang zu nehmen.

Die Aktien werden ausgereicht vom **20. bis 30. April d. J.**

1) Den Breslauer Herren Aktionairen daselbst bei den Herren Gebrüder Schreiber, Albrechtsstraße Nr. 15.
2) Den Herren Aktionairen in Trebnitz und der nächsten Umgegend bei dem Herrn Bürgermeister Schaffer daselbst.
3) Allen übrigen Herren Aktionairen im Lokal des freistandesherrlichen Rent-Amtes zu Militsch. Militsch, den 3. April 1848.

Das Direkterium des Trebnitz-Zdunyer-Chausseebau-Vereins.

Die jüngst abgedruckte Annonce von meiner Uebernahme der

Wasserheilanstalt Alexanderbad

bei Wunsiedel, im Königreich Baiern, zum 15. April, stammt nicht von mir her, und bemerke ich zur Berichtigung derselben, daß die Zeit meines Direktions-Antritts noch nicht angegeben werden kann.

Bis dahin bleibt die frühere ärztliche Leitung in Wirksamkeit.

J. H. Rausse.

Das Bairisch Bier- und Restaurations-Lokal

zu den vier Löwen, Schmiedebrücke, ist gänzlich restaurirt, vom heutigen Tage ab wieder eröffnet. Mit gutem gelagerten Bairisch und dem beliebten Weißbier, so wie mit einer genügenden Auswahl schmackhafter Speisen aufwartend, versichere ich prompte und reele Bedienung und bitte um recht geneigten Besuch.

Breslau, 6. April 1848. **Der Restaurateur.**

Büchsen mit Hirschfänger zum Aufstecken,

à Stück 10½ und 11 Thlr., für deren Güte und Dauer garantirt wird, liegen in Proben bei uns vor. Dagegen sind Büchsen, Doppelflinten, Pistolen und Terzerole, Kupferhütchen, Pulverflaschen, Schrotbeutel, Lockpfeifen, Hundeleinen und Jagdtaschen in Auswahl bei uns vorräthig. **Hübner u. Sohn,** Ring 35, eine Treppe.

Blumen-Saamen-Offerte.

Von den Herren Gebrüdern Born in Erfurt empfing ich in Commission eine große Auswahl der schönsten Levkoyen, Astern, Balsaminen, Rittersporn u. s. w., von denen ich in den kleinsten Quantitäten abgeben kann, so wie ferner mehrere Sortimente der schönsten Sommergewächse, mit Angabe der einzelnen Sorten, und zwar:

100 Sorten je eine Prise für 2½ Rthlr.,
50 „ „ „ „ 1½ „
25 „ „ „ „ 1 „
12 „ „ „ „ 15 Sgr.,
6 Sorten, zu Einfassungen, je eine Prise für 12 Sgr.,

die ich hiermit bestens empfehle. **Herrmann Stefke,** Reusche Straße 63.

Lokal-Veränderung.

Der Ausverkauf meiner Mode-Waaren-Handlung befindet sich jetzt **Roßmarkt Nr. 12** im Gewölbe, der Börse gegenüber.

Es sind noch vorräthig: Wollene Kleiderstoffe, Mousselin de laines, Umschlagetücher, besonders noch eine große Auswahl Sommertücher, Möbelstoffe und eine bedeutende Auswahl in Handschuhen, sowohl in Glacé, als auch in Zwirn für Damen, Herren und Kinder. Schleier, baumwollene und Zwirnstrümpfe; Westenzeuge und noch andere in dieses Fach einschlagende Artikel.

M. Sachs junior.

NB. In Partien bedeutend billiger.

Amerikanische Mühle bei der Kunst,

Ende der Herrenstraße Nr. 18, an den Mühlen.

Wir verkaufen jetzt versteuert:

Fein **Weizenmehl** Nr. I. pro 100 Pfd. 3 Rtl. 14 Sgr., 25 Pfd. 26 Sgr.
dito Nr. II. pro 100 Pfd. 3 Rtlr., 25 Pfd. 22½ Sgr.
dito Nr. III. pro 100 Pfd. 2 Rtl. 14 Sgr., 25 Pfd. 18½ Sgr.
dito Futtermehl, pro 100 Pfd. 1 Rtlr., 25 Pfd. 7½ Sgr.
dito Kleie, pro 100 Pfd. 16 Sgr., 25 Pfd. 4 Sgr.
Fein **Roggenmehl** Nr. I. pro 100 Pfd. 3 Rtlr. 10 Sgr., 25 Pfd. 25 Sgr.
dito Nr. III. pro 100 Pfd. 2 Rtlr. 16 Sgr., 25 Pfd. 19 Sgr.
dito Nr. IV. pro 100 Pfd. 1 Rtlr. 24 Sgr., 25 Pfd. 13½ Sg.
dito Hausbacken pro 100 Pfd. 2 Rtlr. 24 Sgr., 25 Pfd. 21 Sgr.
dito Futtermehl pro 100 Pfd. 1 Rtlr. 6 Sgr., 25 Pfd. 9 Sgr.
dito Kleie pro 100 Pfd. 24 Sgr., 100 Pfd. 6 Sgr.

Breslau, den 4. April 1848.

Carl Ertel u. Jos. Doms.

Feinste Wiener Patent-Schmiere.

Das vortrefflichste Mittel zur Einschmierung von Wagen, besonders mit eisernen Achsen, sowie aller Maschinen, metallenen Zapfen rc. Die Kühlung u. Ausdauer dieser Schmiere ist so groß, daß man in einem damit geschmierten Wagen einen Weg von 55 bis 60 Meilen zurücklegen kann, ehe ein frisches Einschmieren nöthig ist. Dieselbe ist in 1 u. 2 Pfund-Schachteln, à Pfund 9 Sgr., nur allein ächt in Breslau zu haben bei **S. G. Schwartz,** Ohlauer Straße Nr. 21.

Auktion. Am 7. April, Vorm. 9 Uhr, werden in Nr. 42 Breitestr. Wäsche, Betten, Kleidungsstücke, Möbel von Kirschbaum und anderen Hölzern, 1 Billard, 2 Flügel-Instrumente und diverse Hausgeräthe versteigert werden. **Mannig,** Aukt.-Kommiss.

Auktion. Am 8. April, Nachm. 2 Uhr, kommen in Nr. 42 Breitestr. die Bilder des Herrn Wohlbrück zur Versteigerung.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Den unbekannten Gläubigern des am 20. Januar 1844 verstorbenen Rittergutsbesitzer Johann Ehrenfried Schubert auf Heinersdorf, Kreis Liegnitz, wird die bevorstehend, Theilung dessen Nachlasses unter seine Erben den gesetzlichen Bestimmungen der §§ 137 u. 138 Tit. 17 Th. I. A. L. R. gemäß, hiermit bekannt gemacht.

Liegnitz, den 2. April 1848.

Hasse, Justiz-Rath.

Café restaurant.

Donnerstag den 6ten **44stes** und letztes **Abend-Konzert.**

Bekanntmachung.

In dem hiesigen königl. Anatomiegebäude sollen Montag den 10ten d. M., Vormittags 10 Uhr, 26 Stück noch brauchbare Dachfenster aus Eisenblech an den Meistbietenden gegen sofort baare Bezahlung versteigert werden.

Breslau, den 1. April 1848.

Der k. Bau-Inspektor **v. Roux.**

Eine neue, moderne ein- und zweispännige Sack-Droschke zum Zurückschlagen, auch für einen Arzt sich eignend, so wie ein alter halbgedeckter Wagen, für Droschkenbesitzer, sind billig zu verkaufen, und das Nähere Blücherplatz 1 in der Lederhandlung des Hrn. Krause.

Ein **Oekonomie-Inspektor** in den besten Jahren, militärfrei, ökonomisch und wissenschaftlich gebildet, noch in Kondition, mit guten Zeugnissen und Empfehlungen versehen, ist bereit, zu Johannis d. J., nöthigen Falls auch bald, eine andere Stellung anzunehmen. Näheres bei Herrn **Monhaupt,** Albrechtsstraße Nr. 45.

Ein junger Mann,

jüdischer Confession, der das Tuch- und Kleidergeschäft versteht, und der Korrespondenz gewachsen, findet ein Unterkommen: Ohlauerstraße Nr. 2 in der Kleiderhandlung.

Mantelets u. Mantillen sind in den neuesten Pariser Façons so eben angekommen.

Joseph Prager,
Ohlauerstraße, Rautenkranz.

Markt-Anzeige.

Eine Partie englischer Kaffee-Tablets sind zu 50 pCt. unterm Fabrikpreise in allen Größen und Farben zu haben: unter der Seidenbandbuden-Reihe.

Frischen

marinirten Lachs, geräuch. Lachs

empfing gestern und empfiehlt:

Carl Straka,

Albrechtsstr Nr. 39, d. kgl. Bank gegenüber

Nur noch bis zum 15ten d. Mts. heilt Unterzeichneter Hühneraugen, Warzen und eingewachsene Nägel, auf eigenthümliche Weise, unfehlbar, schmerzlos und radikal, Büttnerstraße Nr. 27, zweite Etage.

Ludwig Oelsner, autorisirter Operateur.

Berger Heringe

in ganzen Tonnen sehr billig bei

Carl Straka.

Für angehende Kaufleute.

Unterricht im Buchführen und kaufmännischen Rechnen mit vorzüglichen Vortheilen ertheile ich gegen ein billiges Honorar.

J. Galewsky, Büttnerstraße Nr. 7.

Ein **brauchbarer Gärtner** findet sofortige Anstellung, Sterngasse Nr. 6.

Für 2 Mädchen von 4 und 5 Jahren wird eine Bonne gesucht, die, außer in der französischen Sprache, in den Elementargegenständen und weiblichen Arbeiten, Unterricht ertheilen kann. Nähere Auskunft wird ertheilt: alte Taschenstraße Nr. 24, 1 Treppe.

Ein Commis, der der Destillation völlig gewachsen ist, kann sofort ein Unterkommen finden. Nähere Nachricht ertheilt

Joseph Neumögen, Reuschestr. 55.

Frische böhm. Speckfasanen,

das Paar 1 Rtlr. 5 Sgr., wie auch Schnepfen, das Stück 16 Sgr., offerirt:

J. Seeliger sen., Neumarktecke.

Echte Galläpfeldinte,

von ausgezeichneter Güte, ist in Flaschen à 5 Sgr. bei Herrn T. W. Kramer, Büttnerstraße Nr. 30, zu bekommen.

C. F. Capaun, in Masselwitz.

Im Gasthof zur goldnen Gans par terre:
Ausverkauf französ. Shawls und Umschlagetücher.

150 St. Doppel-Shawls unter Garantie reiner Wolle v. 16 Thlr. an und höher.
650 St. Umschlagetücher, erster Größe, in reiner Wolle v. 7 Thlr. an und höher.
150 dito in Halbwolle von $1\frac{5}{6}$ Sgr. an.
Der Verkauf dauert bis am 10. März im Gasthof zur goldnen Gans.

Offerte frischer Sämereien.

Möhren, extra große Saalfelder, pro Pfd. 15 Sgr.,
Zwiebeln, blaßrothe Erfurter, pro Pfd. 25 Sgr.,
Kraut, großes Erfurter, festes (das Loth $1\frac{1}{2}$ Sgr.), pro Pfd. 40 Sgr.,
Runkelrüben, rothe lange Futter-, pro Pfd. 10 Sgr.,
Gurken, vorzüglich lange Schlangen- (das Loth 1 Sgr.), pro Pfd. 25 Sgr.,
Kartoffel-Samen, die Prise 1 Sgr.,
Radieschen, rothe und weiße runde, das Loth 1 Sgr.,
Bohnen, Erbsen und andere Gemüsesamen in bester Qualität,
empfiehlt: **Herrmann Stefke**, Reuschestraße Nr. 63.

Ergebenste Anzeige.

Indem ich einem hochgeehrten Publikum ergebenst anzeige, daß ich von heute an das auf der Klosterstraße hierselbst gelegene, neu etablirte **Elisenbad** mit seinen schönen Vergnügungs-Anlagen aller Art übernommen habe, und mich bemühen werde, jeglichen Anforderungen auf das Beste zu entsprechen, namentlich mit vorzüglichen Speisen, Kaffee und übrigen Getränken alltäglich aufzuwarten, sehe ich vertrauungsvoll recht zahlreichen Besuche ergebenst entgegen.

Breslau, den 4. April 1848.

Paul, Restaurateur.

Kattune und Mousseline de laine

sowie gedruckte **Battiste** sämmtlich in echten Farben und neuesten Mustern werden in der en gros Handlung **Schloßstraße Nr. 1**, der Börse gegenüber, auch im Ausschnitt zu billigen Preisen verkauft,

Gutta-Percha.

Feuereimer, Spritzenschläuche, Wasserleitungs-Röhren, Reitpeitschen, Schreibzeuge, Dintenfässer, Betriebsriemen, flache und runde in allen Dimensionen für Maschinenbesitzer, sehr wichtige Bänder zu Stuhlgeflechten, gefärbte Bänder zu verschiedenen Damen-Arbeiten sich eignend, Platten, Schuhsohlen u. s. w. empfiehlt in großer Auswahl:

Heinrich Cadura,
Herrenstraße in den drei Mohren.

Liebig's chemisches Düngesalz

ist in Tonnen von $2\frac{1}{2}$ Ctr. à Tonne 5 Rthl. bei Herrn T. W. Kramer, Büttnerstraße Nr. 30, fortwährend zu bekommen. **C. F. Capaun** in Masselwitz.

Englische Patent-Wagenschmiere

erlaube ich mir hiermit den Herren **Fabrik- und Gutsbesitzern, Eisenbahn-Direktionen, Schiffsbauern, Wagen-Fabrikanten, Seilern** 2c. anzutragen.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß jene Schmiere Alles, was man Aehnliches bis jetzt hatte, bei Weitem übertrifft, und ist ein einziger Versuch hinreichend, um den Consumenten alle Vortheile, welche aus dem Gebrauche jener Schmiere entspringen, bekannt zu machen. Sie verbindet die Milde des Oels mit der dem Talg eigenthümlichen Fettigkeit, hält die Achsen gleichförmig kühl und rein, und **zeigt eine Ersparniß von 50 pCt.!** gegen jedes andere Fett. Ich habe davon in Fässern von 30 à 400 Pfund abzugeben, und stelle die billigsten Preise. **Ernst Böttcher,** Stettin, Reifschl.-Str. 130.

Besten, echten Ichaboe-Guano,

von kräftigem Geruch und überhaupt bester Qualität erwartet mit dem Schiffe „Maria" und offerirt billigst: **Ernst Böttcher,** Stettin, Reifschl.-Str. Nr. 130.

Frisches Rothwild,

von Rücken und Keule das Pfd. $3\frac{1}{2}$ Sgr., Kochfleisch $1\frac{1}{2}$ Sgr.; noch **frische Hasen,** gespickt, 13 Sgr.; wie auch frische böhmische **Fasanen** empfiehlt:

Beier, Wildhändler,
Kupferschmiedestraße Nr. 16 im Keller.

Stärkster Essigsprit

ist bei Herrn T. W. Kramer, Büttnerstraße Nr. 30, wieder auf Lager und zu billigem Preise zu haben.

C. F. Cupaun in Masselwitz.



H. Herrmann, Brücken-Waagen-Fabrikant, in Breslau Neue Weltgasse Nr. 36, im goldenen Frieden, empfiehlt sich mit vorräthigen Brücken-Waagen von 1 bis 40 Cnt. Tragkraft unter Garantie, zu den billigsten Preisen.

Oderstr. Nr. 27 sind Wohnungen zu vermiethen; Näheres im ersten Stock.

Goldeneradegassen- und Reuschestraßen-Ecke ist der zweite Stock für 70 Rthlr. zu vermiethen. Das Nähere beim Wirth daselbst.

Eine Busennadel ist am Montag Abend auf dem Wege von der Schweidnitzer bis zur Albrechtsstraße verloren gegangen. Der Finder und Zurückerstatter erhält eine angemessene Belohnung: Ohlauerstraße Nr. 9, im Tabak-Gewölbe.

Zu vermiethen
ist Neue-Weltgasse Nr. 42 eine Schlosser-Werkstatt.

Neue Taschenstraße 4
sind Wohnungen zu vermiethen und theils jetzt, theils Johannis d. J. zu beziehen. Näheres daselbst im ersten Stock.

Am Neumarkt Nr. 12
ist eine Wohnung im 3ten Stock von Stube und Alkove zu vermiethen.
Näheres im Spezerei-Laden.

Tauenzien-Platz 10 (Lessing) 1ste Etage sind sofort 2 Zimmer zu vermiethen; desgl. ein Pferdestall.

Zu vermiethen
eine freundliche Wohnung von 4 Piecen ist für den Preis von 90 Rtlr. Roßmarkt 14. Näheres im 2ten Stock beim Wirth.

Zu vermiethen

und Johannis zu beziehen ist eine freundliche Wohnung von 5 Zimmern, 2 Kabinets und Zubehör in der 2ten Etage, im Rosenberg, an der Schweidnitzer Brücke, wie auch eine kleine Wohnung von 2 Stuben, Kabinet u. Zubehör.

Ohlauer Straße Nr. 8
sind Wohnungen zu vermiethen und theils jetzt, theils Johannis zu beziehen. Näheres daselbst bei dem Haushälter.

Nikolaistraße Nr. 48
ist der erste und zweite Stock zu vermiethen. Das Nähere Neue Schweidn. Str. 4a par terre.

Albrechtsstraße Nr. 39
ist der erste Stock von 10 Stuben, neu restaurirt, ganz oder getheilt, und der zweite Stock halb, enthaltend 6 Stuben, bald oder zu Johannis zu vermiethen.

Blücherplatz Nr. 5 ist der 1ste, 2te und 3te Stock sofort zu vermiethen.

Ritterplatz Nr. 10 ist der erste Stock nebst Zubehör auf Johannis zu vermiethen. Näheres darüber beim Wirth zu erfragen.

Ritterplatz Nr. 5
ist der erste Stock zu vermiethen.

Eine freundliche lichte Wohnung zu Johannis zu beziehen Katharinenstr. 11a, neben der Post, zu erfragen im Gewölbe.

Am Lehmdamme Nr. 5
sind Wohnungen zu vermiethen und sogleich, oder Termin Johanni zu beziehen.

Königs-Platz Nr. 4
ist zu vermiethen und Michaelis zu beziehen ein Quartier, eine Stiege hoch, von 7 Stuben nebst Beigelaß, Stallung zu 5 Pferden, Remise zu 2 Wagen, auch Gartenbesuch.

Michaelis d. J. ist Königsplatz Nr. 3a. die erste Etage von 7 Zimmern, 1 Saal nebst Zubehör zu vermiethen, und das Nähere 2te Etage zu erfahren.

Am Blücherplatz Nr. 2
ist die erste Etage zu vermiethen und sogleich, oder Termin Johanni zu beziehen.

Zu vermiethen
ist Schmiedebrücke Nr. 54 die zweite Etage und Term. Johannis zu beziehen; das Nähere zu erfragen im Kaufgewölbe.

Die Parterre-Wohnung alte Taschenstraße Nr. 7 ist ganz oder getheilt zu vermiethen und Johannis zu beziehen; Näheres im ersten Stock.

Kupferschmiedestraße Nr. 40 ist ein heizbares Gewölbe zu vermiethen und bald oder zu Johannis zu beziehen. Das Nähere daselbst im ersten Stock.

Karlsstraße Nr. 1 ist eine sehr freundliche Wohnung, bestehend aus 4 Piecen, sofort zu vermiethen.

Am Rathhause Nr. 26
ist der 2te Stock, bestehend in 4 Stuben nebst Zubehör, Johannis zu vermiethen.

Ein Gewölbe
ist am Rathhause Nr. 26 zu vermiethen.

Während der Jahrmärkte
ist Schmiedebrücke Nr. 61, nahe am Ringe, ein schönes Vorder-Zimmer in der ersten Etage, gut möblirt, billig zu vermiethen.

Eine gut möblirte Vorderstube ist billig zu vermiethen und bald zu beziehen: Schuhbrücke Nr. 67 im zweiten Stock, für einzelne Herren oder auch an eine Familie, indem nöthiges Beigelaß ist.

Ohlauerstraße Nr. 43
sind zu Johanni in der ersten Etage zu vermiethen: 1) Eine Wohnung, bestehend aus 7 Piecen, nebst sehr bequemen Beigelaß für 250 Rtlr. 2) Eine etwas kleinere Wohnung, gleichfalls mit allem erforderten Beigelaß versehen, für 200 Rtlr. Näheres im 2. Stock.

Ohlauerstraße Nr. 43 ist ein Geschäftslokal nebst Wohnung zu Johanni zu vermiethen.

Ein Gewölbe,
nahe am Ringe, sehr schön gelegen, ist zu vermiethen und zu Termin Johannis zu beziehen. Das Nähere ist zu erfragen Elisabet-Straße Nr. 5 in der Damenputz-Handlung.

Zu vermiethen
und Termin Johanni zu beziehen: Schweidnitzer Straße Nr. 29 der dritte Stock.
Das Nähere par terre im Gewölbe.

Hôtel garni in Breslau.
Ohlauerstr. 75 sind elegant möblirte Zimmer auf jede beliebige Zeit stets zu vermiethen.

Matthiasstraße Nr. 81 ist eine große Tischlerwerkstatt zu vermiethen und zu Johannis zu beziehen.

Herrenstraße Nr. 2 vorn heraus ist ein elegant möblirtes Zimmer nebst Kabinet zu vermiethen und bald zu beziehen. Näheres daselbst im zweiten Stock.

Eine freundliche Wohnung ist wegen plötzlich eingetretener Militärverhältnisse zu vermiethen und bald zu beziehen Matthiasstraße Nr. 69. Näheres beim Wirth daselbst.

Auf der Schweidnitzerstraße Nr. 3 ist zu Johannis der dritte Stock, und in dem Eckhause Nr. 4 ein Gewölbe zu vermiethen; das Nähere beim Wirth Nr. 3, 1 Stiege hoch zu erfahren.

Nikolai-Vorstadt, Mittelgasse Nr. 2 sind 2 Wohnungen von 2 und 3 Stuben nebst Kabinet, zu Johannis d. J. zu vermiethen.
Richel.

Matthiasstraße Nr. 81 ist ein großer Keller, welcher auch zu einer Schlosserwerkstatt eingerichtet ist, zu vermiethen und Johannis zu beziehen.

Am Ohlauer Stadtgraben Nr. 18 ist eine Wohnung von 3 Stuben, 1 Alkove und Küche nebst Entree und eine kleinere von 1 Stube, Alkove und Küche zu vermiethen.

Reuschestraße Nr. 2 ist die 2te Etage, bestehend in 4 Zimmern und Beigelaß, wie auch zwei Wohnungen im Hofe zu vermiethen.

Breslauer Getreide-Preise
am 5. April 1848.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	50	Sg.	45	Sg.	40	Sg.
Weizen, gelber	46	"	41	"	36	"
Roggen	$36\frac{1}{2}$	"	$31\frac{1}{2}$	"	28	"
Gerste	32	"	28	"	26	"
Hafer	25	"	23	"	21	"

Breslau, den 5. April 1848.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand-Duk. 98 Gld. Kaiserl. Duk. 98 Gld. Friedrichsd'or 114 Gld. Louisd'or $113\frac{1}{2}$ Br. Poln. Court. $90\frac{1}{4}$ Br. Oester. Bankn. 96 Br. Staats.-Sch.-Sch. per 100 Rtl. $3\frac{1}{2}$% 68 Gld. Großherz. Pos. Pfandbr. 4% 85 Gld., neue $3\frac{1}{2}$% 65 Gld. Schles. Pfdbr. à 1000 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $89\frac{1}{4}$ Br., Lit. B. à 1000 Rtl. 4% $90\frac{1}{4}$ Br. Alte poln. Pfdbr. 4% 74 Br., neue 74 Br. — Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schweidn.-Freib. 4% 74 Gld. Niederschl.-Märkische $3\frac{1}{2}$% $56\frac{3}{4}$ Gld. Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% $63\frac{3}{4}$ Gld. Friedr.-Wilh.-Nordb. 34 Gld.

(Börsen-Bericht.) Geld-Sorten und Fonds. Holl. u. kaiserl. vollw. Dut. 98 Gld. Friedrichsd'or 114 Gld. Louisd'or, vollw. 114 Br. Poln. Papierg. 90 bez. Oester. Bankn. $95\frac{2}{3}$ bez. Staats-Sch.-Sch. $3\frac{1}{2}$% 68 u. $68\frac{1}{2}$ bez. u. Gld. Posener Pfandbr. 4% 85 Gld., $3\frac{1}{2}$% $65\frac{1}{2}$ bez. u. Gld. Schl. Pfdbr. $3\frac{1}{2}$% 89 — $89\frac{1}{2}$ bez. u. Gld., Lit. B. 4% 90 Br. Poln. Pfdbr. 4% neue 74 Br. — Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schw.-Freib. 4% 74 u. $74\frac{1}{2}$ bez. Niederschl.-Märkische $3\frac{1}{2}$% 57 bez. Ost-Rhein. (Köln-Minden) $3\frac{1}{2}$% 64 bez. u. Gld. Friedr.-Wilh.-Nordb. Zus.-Sch. 4% 34 Gld.

Coursbericht. Berlin, den 4. April.

Niederschl. $3\frac{1}{2}$% 58 bez., Prior. 4% 75 bez., Prior. 5% 82 bez. u. Br. Köln-Minden $3\frac{1}{2}$% 67 u. 66 bez. u. Br. Rheinische 49 Gld. — Quittungsbogen: Nordb. (Fr.-Wilh.) 4% $32\frac{1}{2}$ u. 33 bez. Posen-Starg. 4% 46 bez. u. Gld. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuldsch. $3\frac{1}{2}$% $66\frac{1}{4}$ bez. u. Gld.

An der Börse verlautete, daß in der heutigen Sitzung des Landtages der Herr Finanz-Minister die Bewilligung einer Summe von 6 Millionen zur Abhülfe der gedrückten Kredit-Verhältnisse beantragt hätte; dies wirkte sehr günstig und steigerte die Course um 4 à 5%, wenngleich der Umsatz beschränkt blieb. Gold fluktuirte von $14\frac{3}{4}$ à 14 und $14\frac{1}{4}$% bez. und Gld.

Der vierteljährige Abonnements-Preis für die Breslauer Zeitung in Verbindung mit ihrem Beiblatte: „Die Schlesische Chronik," ist am hiesigen Orte 1 Thlr. $27\frac{1}{2}$ Sgr.; für die Zeitung allein 1 Thlr. 15 Sgr. Die Chronik allein kostet 20 Sgr. Auswärts kostet die Breslauer Zeitung in Verbindung mit der Schlesischen Chronik (incl. Porto und Stempel) 2 Thlr. 20 Sgr.; die Zeitung allein 2 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr.; die Chronik allein 20 Sgr.; so daß für die Chronik kein Porto angerechnet wird.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. Redakteur: Dr. J. Nimbs.